

Bezugspreis: Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Soll und Reist'...

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 11. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Widerstand gegen die Agrarzölle.

Bedenken bei Volkspartei und Zentrum.

Die Regierung will die Zollvorlage unter allen Umständen innerhalb der nächsten vierzehn Tage durchbringen...

Die Bedenken, die von Sachverständigen im Ausschuss gegen geltende oder Berechtigungszölle überhaupt geäußert wurden...

In allen Fällen ist er ein unerwünschtes Mittel und den gegenwärtigen Verhältnissen nicht sehr angepaßt.

Der geltende Zoll ist in diesem Punkte sicher besser. Nun haben wir mit dem geltenden Zoll in der Inflation bereits unsere Erfahrungen gemacht...

machen könnte, indem er vorschlug, daß zu der Differenz von deutschem Normal- und Weltmarktpreis ein Zuschlag bei der Einfuhr aus solchen Staaten erhoben werden sollte...

Wir verzeichnen diesen Vorschlag, weil er zugleich eine vernichtende Kritik an der Regierungsvorlage ist...

Die Regierungsvorlage nimmt eben auf die sozialen Auswirkungen der Zölle überhaupt keine Rücksicht.

Das wird ihr jetzt sogar von einem hervorragenden Vertreter der Industrie und demjenigen Mitglied der Deutschen Volkspartei bestätigt...

Im übrigen war die gestrige Nachmittagsdebatte der Getreidenquete-Kommission ausgefüllt von Sachverständigenvernehmungen über die technischen Zollfragen...

Widerstand auch in Zentrum und Wirtschaftspartei.

Die Deutsche Volkspartei wackelt also bereits. Das ist das mindeste, was man aus den Ausführungen Dr. Schneiders entnehmen kann...

Es wird sich sehr bald zeigen, ob die agrarzollfeindlichen Mitglieder der Regierungsparteien den Mut zur Wahrheit haben...

Die Anleiheaufwertung.

Nach den Beschlüssen des Aufwertungsausschusses.

Von Wilhelm Keil.

Die langwierigen Beratungen des Aufwertungsausschusses sind beendet. Auch zu dem zweiten Aufwertungsgesetz...

Borweg sei gesagt, daß die Aufwertung der öffentlichen Anleihen noch wesentlich dürftiger ausfällt, als die der privatrechtlichen Schuldforderung...

So geht denn die Ausschlußmehrheit mit ihren Beschlüssen davon aus, daß die Aufwertung der Anleihen lediglich aus den laufenden Steuereinnahmen zu bestreiten ist...

Die gesamte Markanleihe des Reichs, ausgenommen die Zwangsanleihe von 1922, die unverzinstlichen Schatzanweisungen, die Reichskassenscheine und die Darlehenskassenscheine...

Zwischen Alt- und Neubesitz wird in folgender Weise unterschieden: Altbesitzanleihen sind Markanleihen, die der Gläubiger nachweislich vor dem 1. Juli 1920 erworben hat...

Klärung!

Zum Fall Westarp-Stresemann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

In Nr. 316 der 'Kreuzzeitung' vom 9. Juli 1925 schreibt der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Graf v. Westarp...

1. Ist die dieser Behauptung entgegen bereit zu erklären, daß sie die in dem Memorandum vom 9. Februar 1925 enthaltenen Vorschläge und Angebote noch als bindend erachtet?

2. Wie gedenkt die Reichsregierung eine erfolgreiche Außenpolitik zu führen, wenn der Vorschlag der größten Regierungspartei Behauptungen aufstellt...

Westarps Druckfehler.

Der 'Kreuzzeitung' schreibt Graf Westarp: 'Im allgemeinen versichte ich darauf, mich gegen den Druckfehler zu wehren...'

Rote die Anregungen des deutschen aide memoire, um deren Kritik es sich hier nicht handelt...

Durch diesen kleinen Rückzieher wird natürlich die Kritik, die im Westarpschen Artikel trotzdem enthalten ist, nicht im mindesten abgeschwächt.

Räumung der Rheinstädte.

In den Unterhaltungen Briands mit Vandervelde in Paris über die schwebenden Fragen ist laut einer Meldung der 'Information' gesprochen...

meist sehr mächtige Herren, ihre Ansprüche zu gegebener Zeit geltend zu machen wissen.

Den Altbesitzern sollte nach dem Regierungsentwurf eine jährliche Rente und ein Auslösungsrecht zustehen. Die Mehrheit hat die Rente gestrichen. Die Ansprüche der Altbesitzer werden also nur durch die Auslösung erfüllt. Aus den 20 Milliarden Altbesitz ergibt sich bei der Umwandlung zu 2½ Proz. eine Ablösungsschuld von 500 Millionen. Diese Schuld soll im Wege der Auslösung binnen 30 Jahren getilgt werden. Bei der Auslösung soll der Gläubiger das Fünffache des Kennbetrags seiner Ablösungsanleihe bekommen. Ein Beispiel: Befäh er 1000 M. alte Reichsanleihe, so bekommt er dafür beim Umtausch 25 M. Ablösungsanleihe. Bei der Auslösung wird ihm das Fünffache dieses Betrags ausgezahlt = 125 M. oder 12½ Proz. des ursprünglichen Kennbetrags. Hierzu kommt ein Zins von 4½ Proz. des auszahlenden Betrags, der von Jahr zu Jahr angesammelt wird, bis der Gläubiger bei der Auslösung zum Zug kommt. Die Zinsen werden also akkumuliert und mit dem Kapital ausgezahlt. Für dieses Auslösungsverfahren sind jährlich 125 Millionen aufzuwenden, um nach 30 Jahren damit fertig zu sein. In den Vorschriften über den zu bildenden Tilgungsfonds ist dieser Grundsatz niedergelegt.

Für die bedürftigen Altbesitzer verbleibt es bei der Vorzugsrente, die der Entwurf schon vorsah. Nur ist die Grenze der Bedürftigkeit auf 800 M. Einkommen erweitert, wobei die Bezüge der Kriegsbeschädigten, der Sozialrentner und der Unterhaltsberechtigten außer Ansatz bleiben. Die Vorzugsrente beträgt 80 Proz. des Kennbetrags der Ablösungsanleihe, das sind 2 Proz. des ursprünglichen Anleihebetrags. Sie erhöht sich um ein Viertel bis zum Höchstbetrag von 1000 M., wenn der Gläubiger auf sein Auslösungsrecht verzichtet, und um die Hälfte bis auf den Höchstbetrag von 1200 M., wenn er außerdem mehr als 60 Jahre alt ist. Bei der Gewährung von Fürsorgeunterstützung soll ein Jahresbezug bis zur Höhe von 270 M., der aus ausgewerteten Anleihen oder privaten Schuldforderungen stammt, außer Ansatz bleiben. Für die Vorzugsrente ist ein Jahresaufwand von 60 Millionen vorgesehen.

Für Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, die im Besitz von Anleihe sind, ist eine sogenannte „Wohlfahrtsrente“ bis zum Höchstbetrag von 5 Millionen vorgesehen, die aus den Zinsen auf Nahrungsmittel bestritten werden soll. Aus Schamhaftigkeit haben die Regierungsparteien auf die Aufzählung der einzelnen Nahrungsmittel, wie z. B. Schweine und Schweinefleisch, die in den Beschlüssen erster Lesung ausdrücklich genannt waren, in der zweiten Lesung verzichtet. Schließlich wurde noch eine jährliche Sondergabe von 5 Millionen für die kirchlichen Gesellschaften bewilligt.

Ein Anleihefondsfonds, dem die Hälfte der Dividendeneinnahme des Reichs aus den Stammaktien der Reichsbahngesellschaft und die ersparten Beiträge, die sich ergeben, wenn sich der gesamte Altbesitz auf weniger als 20 Milliarden belaufen sollte, zustehen, soll zur rascheren Abfindung der Sparkassen und der sozialen Versicherungsträger verwendet werden.

Die Anleihen der Länder und Gemeinden werden grundsätzlich ebenso behandelt wie die des Reichs. Den Ländern steht es frei, die Aufwertung höher zu bemessen. Die Aufwertung der Gemeindeanleihen kann bis auf das Doppelte der für das Reich geltenden Sätze erhöht werden, wenn dies dem Anleihegläubiger nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung seiner öffentlichen Aufgaben zugemutet werden kann. Antragsberechtigt ist der Anleihegläubiger und ein in dem Gesetz vorgesehener Treuhänder. Die Entscheidung über den Antrag trifft eine von der Landesbehörde eingesetzte Stelle.

Bedürftige Anleihebesitzer, die über nicht mehr als 1000 M. Anleihe insgesamt verfügen, werden, wenn sie auf ihren Umtauschanspruch verzichten, mit je 15 M. für 100 M. des Kennbetrags der ursprünglichen Anleihe

in bar abgefunden. Nicht bedürftige Anleihebesitzer mit einem Einkommen bis 1500 M., die weniger als 500 M. Anleihe haben, können mit 8 Proz. abgefunden werden. Hierfür wird ein Betrag von 150 Millionen zur Verfügung gestellt, der, soweit er für diesen Zweck nicht gebraucht werden sollte, zur Abfindung der Ansprüche der Kirchen, der Sparkassen, der Versicherungsträger usw. verwendet werden soll.

Trotzdem unter dem Druck der sozialdemokratischen Kritik eine Reihe von Verbesserungen des Regierungsentwurfs erreicht worden sind, wird die gefundene Lösung bei den hoffenden Reichsgläubigern große Enttäuschung hervorrufen. Ihre Unzulänglichkeit wird nur dürftig verschleiert durch die große Kompliziertheit des ganzen Systems. Einfach und befriedigend wäre die Lösung gewesen, die von der Sozialdemokratie vorgeschlagen war. Sie wurde vereitelt durch den Schutz, den die Regierungsparteien den Inflationsgewinnlern angedeihen lassen.

Scheidemann verläßt Kassel.

Genosse Scheidemann, der sein Amt als Oberbürgermeister von Kassel schon seit Jahr und Tag wegen Krankheit aufgeben wollte, aber auf dringenden Ersuchen der Parteigenossen sein Vorhaben immer wieder aufgeschoben hatte, wird nunmehr im Einverständnis mit seinen Kasseler Freunden sein Amt verlassen.

Aller Voraussicht nach wird zu seinem Nachfolger der Regierungsvizepräsident Stadler in Kassel gewählt werden. Stadler gehört der demokratischen Partei an.

Gegen die Zollvorlage.

Gewerkschaftskundgebungen in Bayern.

München, 10. Juli (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesausschuß Bayern des A.D.B. nahm gemeinsam mit den Vertretern der Bundesauslässe des A.L. Bundes und des A.D.B. zur Zollvorlage Stellung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird Protest gegen die Ansichten der Regierung eingelegt. Die Industriezölle würden nur Abschüttelungen, Betriebseinschränkungen und Stilllegungen herbeiführen, in deren Gefolgschaft Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend marschieren. Eine ungeheure Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens seien die natürliche Folge der Agrarzölle, die jede Familie jährlich mit 150 Mark belasten. Für die 9 Millionen Rentner müsse die neue Belastung geradezu katastrophal wirken, da jede Steigerung der Kosten der Lebenshaltung sie der Gefahr des Verhungerns näher bringe. Die Bayerische Regierung wird aufgefordert, ihren Einfluß bei der Reichsregierung geltend zu machen, um die ungeheure Gefahr zu bannen, die dem Volke aus der Zollvorlage droht.

Die preussische Städteordnung verlagert.

Sabotage der Rechtsparteien.

Am 21. Ausschuß des Preussischen Landtages stand am Freitag die Städteordnung zur Beratung. Das Zentrum hatte den im früheren Landtage zustande gekommenen Entwurf der Städteordnung wieder aufgenommen und eingebracht, worüber bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei große Entrüstung herrschte. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei unter Führung der Herren von Wirbach und von Egnern beantragten, gar nicht erst in die Verhandlungen einzutreten, mit der Begründung, eine Beratung der Städteordnung sei unmöglich, solange nicht die große Verwaltungsreform vorliegt. Abgeordneter Herold weist das Ansinnen, den Entwurf der Städteordnung fallen zu lassen, entschieden zurück. Er empfiehlt den deutschnationalen Vertretern abzutreten, wenn sie keine Lust hätten, an der Beratung teilzunehmen. Sie möchten dann andere arbeitswilligere Vertreter senden. Sollten aber die Deutschnationalen geschlossen die Mitarbeit ablehnen, würde die Städte- und Landgemeindeordnung ohne sie oder gegen sie fertiggestellt werden. Das müsse mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Im übrigen sei es sehr verwunderlich und tief bedauerlich, daß die Deutsche Volkspartei, mit der man noch vor acht

Tagen über eventuellen Eintritt in die Regierung verhandelt, heute diesen durchaus ablehnenden Standpunkt einnehme.

Genosse Breconer unterließ die Ausführungen des Zentrumführers, worauf die Deutschnationalen ihren Vertagungsantrag zunächst zurückstellten. Die dann einsetzende Debatte bewegte sich dann trotzdem in erster Linie in dem Sinne, ob verhandelt werden sollte oder nicht. In der Nachmittags Sitzung wurde erneut ein Vertagungsantrag eingebracht, worauf es wieder zu lebhaften scharfen Auseinandersetzungen kam. Abgeordneter Herold wurde bei seinen Ausführungen von den Rechtsparteien mit erregten Zwischenrufen und mit Lachen bedacht, worauf Herold wörtlich sagte: „Reine Herren, lachen kann jedes Kind. Wenn man keine sachlichen Gründe mehr hat, geht man zum Lachen über. Bei der Haltung der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Sabotagepolitik zu treiben unter allen Umständen, muß man es wirklich bedauern, solange mit dieser Partei ernsthaft Verhandlungen gepflogen zu haben, um diese Partei wieder in die Regierung anzunehmen. Nachdem die Regierung sich bereit erklärt hat, sich im allgemeinen auf den Boden der Vorlage zu stellen und mitzuarbeiten, sucht man nach anderen Gründen, um die Vertagung zu verhindern. Dadurch haben Sie den Beweis erbracht, daß Sie nur Sabotage treiben wollen, weil Sie mit der Regierung nicht einverstanden sind.“

Unsere Vertreter traten entschieden für die sofortige Beratung und beschleunigte Berücksichtigung der Vorlage ein unter Berücksichtigung der Richtlinien des deutschen Städtetages. Abgeordneter Herold warf dann zum Schluß der Volkspartei verletzten Ehrgeiz vor, weil der alte Entwurf allein von der Zentrumspartei wieder aufgenommen wurde. Der Vertagungsantrag wurde dann angenommen.

Damit ist es den Rechtsparteien gelungen, die Fertigstellung der neuen Gemeindeverfassung wiederum um einige Monate zu verzögern. Nach draußen tun sie aber so, als ob sie an der Fertigstellung dieser Entwürfe ein besonderes Interesse hätten. Es handelt sich für sie darum, Zeit zu gewinnen, um sich ihre Rechtsposition in den Gutsbezirken unter allen Umständen zu erhalten.

Ein Wirtschaftsprogramm für Preußen.

Sozialdemokratische Forderungen.

Der Hauptausschuß des Landtages beschäftigte sich am Donnerstag bei der Beratung des Haushalts der Gewerbe- und Handelsverwaltung 1925 mit den Wirtschaftsvorschlägen. Im Rahmen einer eingehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Kritik begründeten die Genossen Osteroth und Siering die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Fraktion fordert sorgfältigste Prüfung der deutschen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen Polen, damit nicht Deutsche diesseits und jenseits der Grenze mehr geschädigt werden als der polnische Wirtschaftsgegner; ferner keine Bewilligung von Zugeständnissen, die die Existenz des deutschen Bergbaus und der deutschen Bergarbeiter schädigen. Der für die kontingentierte Einfuhr von 1,7 Millionen Tonnen Roheisen um 50 Proz. ermäßigte Eisenzoll soll nicht der Schwerindustrie, sondern der weiterverarbeitenden Eisenindustrie und den Verbrauchern zugute kommen. Die deutschen Erzrouten an Sieg, Dill und Lahn dürfen nicht durch das internationale Eisenabkommen weiter gefährdet oder gar zum Erliegen gebracht werden. Die bedrohten Röhre sollen Tarifstarife in der Vorkriegsrelation zugebilligt erhalten.

Zur Belebung des Arbeitsmarktes fordert die Fraktion Herabsetzung der Diskontsätze, Bekämpfung des Kreditwuchers, ausreichende und billige Kreditvermittlung an mittlere und kleinere Industrieunternehmen, sowie an Kleingewerbliche Kreise; ferner reichsgerichtliche Regelung des Kartellwesens.

Für den besonderen Schutz der Arbeiter werden Sicherheitsmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit bei unvorhergesehenen Stilllegungen und verschärfte Bestimmungen im gewerblichen Arbeiterschutz gefordert, die angesichts der sich häufenden Explosionen in der chemischen Industrie besonders notwendig sind. Zur Besserstellung der Gewerbeaufsichtsbeamten rascher Abschluß der schon seit drei Jahren in Aussicht gestellten Brückenvorarbeiten für die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgegangenen Hilfsbeamten und weiblichen Beamten der Gewerbeaufsicht, sowie Vermehrung der Aufsichtsbeamten, damit eine wirklich wirksame Kontrolle ausgeübt werden kann.

Schließlich fordert die Fraktion, daß noch in diesem Jahr ein Entwurf zur Abänderung des Berufsschulgesetzes vorgelegt wird, der die gesamte nicht mehr volksschulpflichtige männliche und weibliche Jugend unter 18 Jahren der Berufsschulpflicht unterstellt und die Berufspflicht enthält, den Unterricht in der Regel während der Arbeitszeit stattfinden zu lassen.

Geächtete Volkschriftsteller.

Der neueste Streich des Buchhändler-Börsenvereins.

Als die Inflation kam, hungerten die Schriftsteller, während ihre Verleger und die Buchhändler an dem Steigen der Sachwerte sich bereicherten. Die Schriftsteller konnten zusehen, wie in den Läden die Bücher, die sie geschrieben haben, immer höhere und höhere Preise erlangten, ohne daß sie, die Sachwertbesitzer, aber nicht Sachwertbesitzer, in der Regel daraus einen Vorteil hatten. Sie waren nämlich entweder abgefunden, oder bekamen feste, — das heißt sich entwertende — Markbeträge. Prozentverträge hatten wenige. Und nun etwas sehr Bezeichnendes: Es war die Möglichkeit, die Schriftsteller vor dem Untergang in der Inflationsflut zu bewahren. Man schlug eine Reichskulturabgabe vor, nach der zu den meisten Preisausschlägen für die Händler, auch ein ganz geringer und einziger für die Verleger, die Schriftsteller, gemacht werden sollte. Mit Spott und Hohn wurde dieses Ansinnen zurückgewiesen. Technische Bedenken wurden vorgebracht, die solche Kulturabgabe als zu schwierig zu verwirklichen hinstellten. Das Volk der Dichter und Denker erklärte sich gegen die Kulturabgabe.

Nachdem nun die Ständel der Entwertung sich einigermassen verlaufen hat, haben es einige deutsche Schriftsteller wieder dazu gebracht, nicht mehr die monatliche Waise schuldig bleiben zu müssen. Wer macht ihnen das möglich? Eine in den letzten Jahren entstandene sehr lohnenswerte Einrichtung, — die deutschen Buchgemeinschaften. Diese haben ein festes Publikum, dem sie für billiges Abonnement gute Bücher liefern. Die Schriftsteller dieser Buchgemeinschaften, die sozusagen die Rolle der Konsumvereine spielen, werden ungefähr angemessen bezahlt, erhalten das Honorar schon während der Arbeit und können auf ein festes Publikum rechnen. Der buchhändlerische Buchhandel wird hierbei übergegangen, die Bücher werden direkt von der Vertriebsgesellschaft bezogen. Was ist die Buchhändler- und Verlegerwelt? Sie beschloß, den Herren ihres Vereines, also den Sortimentern, zu verbieten, Bücher von Schriftstellern zu führen, die in der Buchgemeinschaft ein Werk veröffentlicht haben. Mit anderen Worten: Der Schriftsteller, der zu demjenigen Verlage geht, der ihn menschenwürdig bezahlt, wird von den übrigen Verlegern in Licht und Bann getan.

Es handelt sich hier nicht um eine interne Frage des Buchhandels und des Büchermarktes, es handelt sich um eine Kulturfrage allerersten Ranges. Wuf der Schriftsteller, der nicht verhungern will, ausgeschlossen werden mit allen seinen Werken vom Verkauf in den Sortimenten? Ich frage den Buchhändlerbörsenverein, der diesen glorreichen Beschluß gefaßt hat: „Habt Ihr noch den Mut, Euere Arbeit auch nur im geringsten als ein Kulturwert zu bezeichnen, wenn Ihr dem Autor das Lebenslicht ausbläht, der sein Buch einer Buchgemeinschaft gibt, die ihn, wenigstens solange er dies Buch schreibt, zu ernähren vermag?“ Der Buchhändlerbörsenverein kann gegen die Buchgemeinschaft nichts machen, also hält er sich an die Schriftsteller, die dort publizieren, die die Schwächeren sind. Eine vornehme Denk- und Handlungsweise! Es gibt auch bei freier Konkurrenz anständige Kompromisse. Man kann z. B. die Sache besser zu machen suchen, als der Gegner. Dieser Gedanke ist den Buchhändlern scheinbar noch nicht gekommen.

Sie stehen auf dem Standpunkte, daß der Konkurrenzkampf am vorteilhaftesten mit dem Totschlag des Gegners endet. Die Schriftsteller konnten von den Honoraren der bisherigen Verleger nicht leben, so arbeiten sie, — um sich vor dem Hunger zu schützen, — für die rationelleren und sozialeren Buchgemeinschaften. Ich gebe den Verlegern und Buchhändlern die Frage einmal zur Beantwortung auf, welchen wirtschaftlichen Wert ihre doch nur wirtschaftliche Tätigkeit hat, wenn diese ihre Arbeit zum Ruin dessen führt, von dessen geistiger Substanz sie leben. Aber die Verleger und Buchhändler haben die Sache anders herum angesehen. Sie sagten sich: Welchen Wert hat der Schriftsteller, wenn wir nicht mehr durch Ausbeutung seiner Geschäftskunde verdienen? Und so kam es zu jenem Beschluß gegen die Schriftsteller, die sich klugerweise auf das Eisland der Buchgemeinschaft gerettet hatten, zu jenem Beschluß des — im übrigen auch rein deutschnationalen — Buchhändlerbörsenvereins, der ein ewiger Schandfleck auf dem kulturellen Äntitz unseres Vaterlandes ist.

Wie sag ich's meinem Volke!

Unsere lieben Agrarier wollen bekanntlich den Zoll aus reiner Vaterlandsliebe. Doch er ihnen allein etwa 1,2 Milliarden Mark Einnahmen auf Kosten der breiten Massen bringt, ist nur ein Schönheitsfehler, den unsere braven Junter zwar aus lauter Opferfreude auch in Kauf nehmen, den sie selbst aber gar nicht wollen. Daher kann man auch für Schützlinge die widerspruchsvollen Gründe hören. So heißt es, daß die Zölle einmal den Getreidepreis erhöhen und einen Produktionsanreiz bieten, ein andermal, daß sie die Preise nur stabilisieren, wieder ein anderes Mal, daß sie sogar die Preise senken. Nun ist alles schon einmal dagewesen. Im Jahre 1841 ging England von gleitenden zum festen Getreidezoll über und schuf so den ausgesprochenen Schutzzoll, dessen verheerende Wirkungen später der mächtigen Freihandelsbewegung zum Siege verhalfen. Das englische Kabinett hatte gerade die Vorlage beschlossen und wollte eben auseinandergehen, da rief der Premierminister seine Kollegen zurück: „Einen Augenblick, meine Herren! Wir haben nun den Getreidezoll beschlossen, müssen ihn aber auch begründen. Wir können dem Volke sagen, daß der Zoll die Preise steigert, sie stabilisieren oder sie zum Sinken bringen wird. Was wir dem Volke sagen, ist gleich. Nur dürfen wir nicht alle etwas anderes sagen.“

Diese hübsche Anekdote wurde von Prof. Bonn den agrarischen Sachverständigen in der Zosenquete des Reichstages vorgehalten, als sie, wieder einmal in die Enge getrieben, einen wahren Eieranz bei ihrer Zollbegründung aufwährten. Aber von einem deutschen Agrarier, auch wenn er sich Erndtergenussminister nennt, kann man nicht sonder politische Schläge verlangen, wie von einem englischen Premierminister. Bei uns wird nicht nur gemogelt, sondern sogar du und in gemogelt. Dafür sind wir ja auch das Land der Dichter und Denker, und nur am deutschen Wesen kann die Welt genesen — mit oder ohne Agrarzoll.

Einsturzgefahr beim Londoner Parlamentsgebäude. „Daily Express“ bringt die Nachricht, daß das Parlamentsgebäude einer umgebenden Renovation unterzogen werden müsse, um die Einsturzgefahr einzelner Teile zu vermindern.

Die deutsche Schillerstiftung in Weimar, die in der Inflationszeit ihr ehemaliges Vermögen mit einem jährlichen Zins Einkommen mit annähernd 100 000 Mark eingebüßt hatte und dadurch in ihrer Existenz schwer gefährdet war, hat im vorigen Jahre dank dem Eingreifen des Reiches wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen. Im November 1924 bewilligte ihr der verstorbenen Reichspräsident Friedrich Ebert eine jährliche Beihilfe von 10 000 Mark aus dem Dispositionsfonds, und ebenso haben u. a. der Reichsinnenminister, der Reichsarbeitsminister, der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und das thüringische Ministerium für Inneres und Wirtschaft die Stiftung gefördert. Auch das Deutsche Nationaltheater in Weimar hat ihr wie in früheren Jahren einen Anteil aus dem Ertrage seiner Schilleraufführungen überwiesen. Dadurch kann die Deutsche Schillerstiftung wieder bis zu einem gewissen Grade ihrer Aufgabe gerecht werden, nisseidende deutsche Dichter und Schriftsteller zu unterstützen. Die Gesamtsumme der 1924 aus der Zentralkasse gemährten Zuwendungen betrug rund 16 000 Mark.

Die größte Prüfung der Welt. Eine Prüfung, zu der sich nicht weniger als 22 000 Kandidaten gemeldet haben, wird gegenwärtig in 33 englischen Städten, sowie gleichzeitig in Kairo, Berlin, St. Omar, Kairo, Britisch-Indien und Palästina abgehalten. Die Prüfung ist dazu bestimmt, die Fähigkeiten der in den letzten Jahren ausgedienten englischen Berufssoldaten festzustellen, die in den Staatsdienst übertreten wollen. Die Leute sind 35 bis 40 Jahre alt und arbeiten bereits professionell in verschiedenen Verwaltungsklassen, die sich zum Teil in England selbst, zum Teil im Ausland und in den britischen Kolonien befinden. Daher die Ausdehnung der Prüfung innerhalb so weiter Grenzen. Das Ergebnis wird frühestens im Spätherbst bekanntgegeben werden.

Kostlichere Stahlmatten. Bei den ungeheuren Dimensionen der Stahlmatten, die neuerdings zu Funtzwecken aufgestellt werden, ist die Kostföherheit des Stahls von außerordentlicher Bedeutung, da ein Erfolg dieser Anlagen die Wirtschaftlichkeit des Funzbetriebes in Frage stellen würde. Die bisherigen Verzahnungsmethoden sind unverhältnismäßig kostspielig und sichern die Kostföherheit des Stahls nicht auf die Dauer. Nun hat man in den Vereinigten Staaten Versuche mit Stahlblechen angestellt, die teilweise mit Kupfer bis zu 25 Proz. legiert waren. Es zeigte sich, daß reine Stahlbleche nach 10 Monaten zu verfallen begannen und nach 16 Monaten zerstört waren, während Bleche mit 25 Proz. Kupfergehalt noch nach 64 Monaten in ihrer Struktur unverändert waren und lediglich eine praktisch unerhebliche Gewichtsverminderung erlitten hatten.

Die Labourpartei laßt Häuser. Die englische Arbeiterpartei hat in Vort Tolbot für die Jahre Summe von 30 000 £ einen ganzen Häuserbauplan gefaßt. Er brüht sich darin auch ein Theater, das von man an zum großen Teil der Abhaltung von Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen dienen wird.

Rembrandt-Ausstellung in Wien. Die Wiener Albertina eröffnete eine Ausstellung von Rembrandts Werken, jener Rembrandt-Sammlung, die durch das Zusammenlegen ihres eigenen Bestes mit dem der früheren Possibilitäten so vervollständigt worden ist, daß sie neben diejenigen von Amsterdam, London, Paris und Berlin tritt. Es sind eine ganze Anzahl von unbekanntem Zuständen unter den etwa 750 Bildern.

Verurteilung der Justiz.

Kampf um die Beschlußfassung im Höfle-Ausschuß.

Am zweiten Tag der Plaidoyers im Höfle-Ausschuß sprach zunächst als Vertreter der rechtsgerichteten Wirtschaftspartei der Abg. Müller-Frauen mit überraschender Schärfe gegen das System, dem Höfle zum Opfer gefallen sei. Er griff insbesondere die Staatsanwaltschaft rücksichtslos an wegen ihres Verhaltens bei der Verhaftung und beim Reineidsverfahren.

Nach ihm ergriff der Abg. Vorderrichter Schmidt-Eichenberg (3.) das Wort und ging vor allem auf die juristische Seite des Falles ein, wobei er ebenfalls die Herren Vinde, Peiser und Rothmann überflüssiger und schikanöser Härten beschuldigte.

Der Kommunist Eberlein machte das System der Justiz verantwortlich für Höfles Tod, meinte aber, es sei dabei nichts Unergewöhnliches passiert, denn solche Praktiken seien bei der preußischen Klassenjustiz gang und gäbe.

Eine großzügige Entlastungsoffensive für die Justizbehörden unternahm der Deutschnationaler Dallmer, der zwar Herrn Peiser in Schutz nahm, dafür die Schuld auf den Justizminister am Jahnhoff zu schieben versuchte, der sich eben den besten Staatsanwalt hätte herausuchen sollen. (Zuruf b. d. Soz.: Dann hätten Sie schön geschimpft!)

Der Volksparteier Dr. Kriege versuchte im großen und ganzen die Justiz zu bedecken, auch er tadelte aber das Reineidsverfahren, die Höhe des Arrestes und die Nichtbenachrichtigung Frau Höfles von der Verhaftung ihres Mannes.

Genosse Kuttner stellte fest, daß die Arbeiten des Ausschusses sehr fruchtbar gewesen seien, sie hätten vieles aufgedeckt, was sonst nicht bekannt geworden wäre. Er antwortete dem Abg. Eberlein, daß gerade die „Rote Fahne“ seinerzeit gegen die angebliche Vorgehensweise Höfles im Gefängnis gehetzt hätte. Wie hätte die deutschnationalen Presse getobt, wenn der Justizminister entsprechend dem Vorschlag des Herrn Dallmer sich einen Staatsanwalt „ausgesucht“ hätte!

Nach einer sehr heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Deutschnationalen Dallmer auf der einen, dem Demokraten Kiedel, bzw. der Genossen Heilmann und Kutner auf der anderen Seite, hervorgerufen durch dreifache Anhebungen des Ersten, ergriff der Zentrumsabgeordnete Dr. Westler als Berichterstatter des Ausschusses das Wort, um die Ergebnisse der Untersuchung und der Plaidoyers zusammenzufassen. Er hatte etwa 40 Fragen bzw. Nebenfragen über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft, über die Behandlung Höfles im Gefängnis, über die ärztliche Fürsorge, die medizinischen Gutachten, die Todesursache usw. aufgestellt und beantwortete mit kurzen Erläuterungen jede dieser Fragen in einer Form, die zweifellos den Anschauungen der überwiegenden Mehrheit des Ausschusses entsprach. Diese Antworten waren besonders für die Staatsanwälte sowie für Dr. Thiele vernichtend. Ebenso enthielten sie eine Verurteilung verschiedener Unterlassungen des Untersuchungsrichters Rothmann, der Peiser, des Dr. Störmer usw. Als er nun seine scharf pointierten Ausführungen beendet hatte, entstand infolge eines überraschenden Vorstoßes der Volksparteier Böllig und Kriege eine sehr ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte, weil diese erklärten, sie würden die meisten dieser Antworten nicht unterschreiben können und brauchten Zeit zur Formulierung von Gegenantworten. Man hatte zunächst den bestimmten Eindruck, als ob die Rechte ein Verschleppungsmanöver versuchen wollte, damit die Beschlüsse des Ausschusses nicht mehr für die am Montag beginnende Debatte des Justizrates im Hauptauschuß Verwertung finden. Schließlich einigte man sich auf einen Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden dahingehend, daß der Ausschluß nur über drei Resolutionen abzustimmen hätte, in die die einzelnen vom Berichterstatter ausgearbeiteten Antworten zusammengefaßt sein würden.

Da sich kann man sich mit diesem Verfahren einverstanden erklären unter der Voraussetzung, daß in diese Resolutionen dem Sinne nach auch alles hereingebracht wird, was der Berichterstatter Dr. Westler als Sprachrohr der großen Mehrheit des Ausschusses zum Ausdruck gebracht hatte. Es wäre jedoch im höchsten Maße zu bedauern und zu bemängeln, wenn sich die Vertreter der Linksparteien dazu herbeiließen, der Gegenseite besondere Konzeptionen bei der Formulierung dieser Beschlüsse zu machen, um eine Einstimmigkeit zu erzielen. Die Meinungsverschiedenheiten, die in den beiden letzten Tagen bei den Plaidoyers in fast allen Punkten zwischen der Rechten und der Linken zum Vorschein gekommen sind, lassen kaum mehr Raum für einstimmige Beschlüsse. Wenn die Vertreter der Rechtsparteien sich nicht dazu entschließen können, das System der Justiz, dem Höfle zum Opfer gefallen ist, eindeutig zu verurteilen, wenn sie weiter an der verfeindeten Theorie des Selbstmordes festhalten, dann ist eben eine Einigung, so wünschenswert und nützlich sie auch wäre, nicht möglich; dann muß eben abgestimmt werden, am besten, indem man auf die sehr klaren Entwürfe des Berichterstatters zurückgreift; und dann wird sich bei der Abstimmung zeigen, auf welcher Seite die Parteien stehen, die die ausgedachten Unheilvollen Wirkstände unserer Rechtspflege abzuschaffen gewillt sind.

Berlin und Moskau.

Die Reichsregierung zum Moskauer Fehlurteil.

Durch Wolff-Bureau wird gemeldet:

Nachdem die Berichterstattung der deutschen Botschaft Moskau nunmehr den amtlichen Stellen vorliegt und Rechtsanwalt Dr. Freund von ihnen gehört worden ist, ergibt sich über den Moskauer Studentenprozeß folgendes Bild:

Die Hauptbeschwerdepunkte, zu denen der Verkauf und das Ergebnis des Prozesses Veranlassung geben, liegen vor allem darin:

1. Bis zur Erhebung der Anklage sind alle Bemühungen der Deutschen Botschaft in Moskau, eine persönliche Besprechung mit den Angeklagten herbeizuführen, an dem Widerstand der Untersuchungsbehörde gescheitert.

2. Zwischen der Zustellung der Anklageschrift (19. Juni abends) und dem Termin der Hauptverhandlung (24. Juni abends) hat eine Frist von nur 4 Tagen gelegen, eine Tatsache, die den Verdacht einer Sabotierung der Herbeischaffung von Beweismaterial nahelegt.

3. Der Umstand, daß die Bemühungen der Botschaft um Zuzahlung eines deutschen Anwalts als Verteidiger abgeschnitten worden sind.

4. Die offensichtliche Unglaubwürdigkeit der beiden Kronzeugen Baumann und von Dittmar und des sogenannten Sachverständigen Reumann.

Mögen auch manche der erwähnten prozessualen Beeinträchtigungen im sowjetrussischen Strafprozeßrecht einen Rückhalt finden, so bleibt doch der Eindruck bestehen, daß man auf Seiten des Gerichts es an dem für das Gerechtigkeitsgefühl notwendigen Bestreben hat fehlen lassen, den Angeklagten die Beibringung von Entlastungsmaterial zu ermöglichen. Es mag zugegeben werden, daß das Gericht das von der Botschaft herbeigeschaffene Entlastungsmaterial insofern berücksichtigt hat, als bei der Begründung des Urteils vom ehemaligen Reichsanwalt Michaelis, vom Studentenwert und deren angeblichen Beziehungen zur Organisation Consul nicht die Rede gewesen ist und auch die Beziehungen zum Polizeipräsidenten Berlin nur insoweit berührt werden, als das Gericht für erwiesen erachtete, daß Kindermann ihm seine Dienste angeboten und von ihm eine Unterstützung zur Fortführung seiner Studien er-

Nachtsitzung im Reichstag.

Die zweite Lesung des Aufwertungsgesetzes.

Der Reichstag trat gestern in die zweite Beratung der Aufwertungsgesetze ein. Als erster Redner ergriff Gen. Reil das Wort, um den Deutschnationalen noch einmal ihren ungeheuerlichen Betrug an den Sparern und Gläubigern vor Augen zu halten. Die Rede, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, rief im Hause einen um so nachhaltigeren Eindruck hervor, als Gen. Reil seine Ausführungen mit einem dokumentarischen Tatsachenmaterial belegte, das für die Deutschnationalen vernichtend ist.

Nach dieser Rede war die an und für sich schwache Position des deutschnationalen Sprechers, Abg. Hergl, von vornherein verloren. Mit schallender Heiterkeit und dem Zuruf: „Hier stehe ich, ich kann auch anders“ empfangen, versuchte sich der deutschnationaler Führer in einer Pose, die zwischen Unersorentheit und Ausschneiderei schwankte und deren einziges Ergebnis sich immer wiederholende Heiterkeitsausbrüche waren.

Das unverhohlene Demagogentum dieses Führers der Deutschnationalen, den seine Phrasentaktik schon einmal aus dem Sattel gehoben hat, veranlaßte selbst den Zentrumsredner zu der ersten Mahnung, er solle die Geduld der Partei, die heute mit ihm zusammen die Regierung stütze, nicht auf eine zu große Probe stellen. Er fand damit die Zustimmung seiner Partei.

Am übrigen ist die Haltung der einzelnen Parteien aus den Ausschüßberatungen bekannt. Und so vermochten die Abgg. Dr. Scheiter (3.), Dr. Wunderlich (D. Sp.), Emminger (Bsp. Sp.) und Jörissen (W. Bg.) wesentliche Gesichtspunkte nicht mehr in die Debatte zu werfen. Interessant war bei den Rednern lediglich das immer wieder in den Vordergrund tretende Bemühen, die Haltung ihrer Partei zu entschuldigen. Bedenken gegen die Regierungsvorlage sind bei allen Parteien vorhanden, und keine der Regierungsparteien ist von der Arbeit befriedigt, die ihre Vertreter im Ausschuß geleistet haben.

Angeichts dieser vorläufig verklausulierten Erklärungen erlaubt das Interesse des Hauses rasch, um zwischenzeitlich nur bei der Rede des Berichterstatters der Demokraten Abg. Koch. Dieser wieder noch zu werden. Herr Koch lehnte für seine Partei jede Verantwortung für das Kompromiß der Regierungsparteien ab und erklärte, seine Partei könne dem Gesetz nicht zustimmen. Energisch wandte sich Koch gegen die Vertuschungsversuche des deutschnationalen Redners. Hatte Hergl großspurig erklärt, es habe erst des hydraulischen Druckes seiner Partei bedurft, um die Reichsregierung von ihrer sozialistischen Behandlung der Aufwertungsfrage abzubringen, so erwiderte Abg. Koch mit trefflichem Spott darauf, er vermisse diesen hydraulischen Druck jetzt, nachdem Herr Hergl erklärt habe, daß auch die letzte Vorlage ihn noch nicht befriedige. Unter lebhafter Zustimmung eines großen Teils des Hauses kennzeichnet Koch am Schluß seiner Rede die Ausführungen Hergls als weder objektiv noch unparteiisch.

Es war 9 Uhr abends geworden, als Herr Emminger endete. Als nächster Redner stand Herr Dr. Best auf der Liste, vom Hause mit großer Spannung erwartet. Dr. Best hatte aber mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seine Erschöpfung nach der Arbeit des Tages gebeten, die Sitzung zu vertagen und ihn erst morgen sprechen zu lassen. Raum war das bekannt geworden, als sofort etwa 100 deutschnationaler Abgeordnete in den Saal marschierten, um Best zu zwingen, dennoch in später Abendstunde zu reden. Best zog daraufhin seinen Antrag zurück und sprach unter allgemeiner großer Aufmerksamkeit. Die 100 Deutschnationalen aber, die sich bei den Wahlen auf seinen Entwurf festgelegt hatten, verließen sofort wieder den Saal und ließen nur einige Wachtposten zurück.

Dr. Best ging mit der dritten Steuernotverordnung und mit ihrem Vater, dem Reichsanwalt Luder, scharf ins Gericht. Er vermählte bei dem Manne, der jetzt auf dem Stuhl des Reichsgründers sitzt, das Gefühl für Recht und Moral. Er sprach von Parteilichkeit durch die dritte Steuernotverordnung und von Wahlbeitrag der Kompromißparteien. Wiederholt kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen den Rednern und Mitgliedern der Rechtsparteien, so daß der Präsident zum Eingreifen genötigt war. Der Fraktionszwang der Deutschnationalen, führte Best weiter aus, hätte zu einer Sonderkonferenz einiger Rebellen geführt. Die Beratung über die wichtigsten innerpolitischen Fragen sei über-

fahren habe, jedoch also in diesen allen Punkten das Gericht den Verdächtigungen der Anklage nicht gefolgt ist. Damit fehlt dem Urteil aber die kausale Geschlossenheit der Anklageschrift, die bekanntlich davon ausging, daß das Studentenwert, dem die Angeklagten angehören, ein Teil der Organisation Consul sei. Damit entfallen logischerweise auch alle an diese Voraussetzungen geknüpften Schlussfolgerungen. Es kommt hinzu, daß die Angaben der Kronzeugen, nach denen das Gericht die terroristischen Absichten der Angeklagten für erwiesen erachtete, wegen ihrer völligen Unglaubwürdigkeit nach seiner Richtung hin als Stützen des Urteils dienen können. Wenn der Vorsitzende des Obersten Gerichts nach einer Meldung der „Roten Fahne“ angibt, daß gewisses Entlastungsmaterial, das der Sowjetregierung zugeleitet worden ist, nach Verhandlungsschluß dem Gericht vorgelegt worden sei, so liegt dies in erster Linie an der bereits gerügten Kürze der Frist zwischen Zustellung der Anklageschrift und dem Verhandlungstermin. Selbst bei Würdigung der in Moskau herrschenden psychologischen Atmosphäre, sowie des vom Verhandlungsleiter in der „Browda“ zugegebenen Klassenkampfcharakters der sowjetrussischen Justiz, und wenn auch die Angeklagten sich gewisser Vergehen schuldig gemacht haben und das ihnen zur Last Gelegte nicht völlig zu entkräften vermochten, ist das Urteil doch als ausgesprochenes Fehlurteil zu betrachten.

Die Deutsche Regierung wird daher unter Himmels auf die erste Befragungssitzung, die die deutsch-russischen Beziehungen durch das Vorgehen der Sowjetbehörden erleiden, die Verhandlungen, die bereits schriftlich und mündlich in Berlin und Moskau mit der Sowjetregierung im Gange sind, in dem Sinne welfer betreiben, daß die Vollstreckung des Fehlurteils unterbleibt.

Eine Brandrede Frunses.

Bündnis des Bären mit dem Drachen.

Moskau, 10. Juli. (Zu.) In einer Ansprache an die Soldaten der Roten Armee im Sommerlager sagte der Volkskommissar für Krieg, Frunse, die Rote Armee müsse sich auf einen Krieg mit Großbritannien vorbereiten. Die letzten Ereignisse ließen keinen Zweifel übrig, daß Großbritannien die Feindseligkeiten zu eröffnen beabsichtige. Rußland sei durch seinen Vertrag an China gebunden, und könne nicht untätig zusehen, wie England mit Japan über die Aufteilung Chinas verhandelt. Ein Bündnis des russischen Bären mit dem chinesischen Drachen könne der ganzen Welt trocken-

hastet worden und das ganze Gesetz sei eine Verletzung der Verfassung. Sein Geist sei der Geist des internationalen Großkapitals.

Als Best geschlossen hatte, erhob sich der Reichsjustizminister Dr. Frenken, um mit gerötetem Gesicht gegen die Beleidigung des Reichsanwalters durch den Redner zu protestieren. Die Rechte applaudierte, die Linke lachte.

Um 10 Uhr bekam der Kommunist Dr. Korisch das Wort. Der Saal lachte sich rasch. Am schwächsten mit vier oder fünf Mann ist die kommunistische Partei vertreten. Dem Redner gelang es zunächst ein Schlager, indem er unier großer Heiterkeit durch Verlesung deutschnationaler Flugblätter nachweist, daß die Deutschnationalen den jetzigen Reichsanwalt und damaligen Finanzminister Dr. Luther mit genau denselben Ausdrücken traktiert hatten, gegen die sich gerade zuvor der Justizminister Herr Frenken zu entsetztem Protest erhoben hatte. Dann verlieren sich jedoch seine Ausführungen ins Uferlose. Sie enden unter Gelächter nach 11 Uhr abends.

Sollmann (Soz.) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Hergl, der den sozialdemokratischen Reichsministern vom Jahre 1923 einen Vorwurf daraus gemacht hatte, daß sie nicht schon damals die Aufwertung in die Hand genommen hätten. Er erinnert daran, daß in der damaligen verzweifeltsten Lage, als der Dollar auf Hunderte von Milliarden Papiermark stand, als Hergl die Sperre der Unterführungen für das besetzte Gebiet verlangte, und sich Bayern in Rebellion gegen das Reich erhob, ein Aufwertungsprogramm nichts als Scharlatanerie hätte sein können. Dann verteidigt sich der deutschnationaler Rademacher gegen den Vorwurf des kommunistischen Redners, er habe sich um persönlichen Interessen lassen. Wohl hätte er seinerzeit ein Haus gekauft, jetzt aber würden unter seiner Mitwirkung die darauf liegenden Hypotheken so aufgewertet, daß sie die damalige Kaufsumme weit überschritten.

Um 11¼ Uhr verläßt sich das Haus. Die Rechte bleibt mit ihrem Verlangen, noch in eine Debatte über das Gesetz betr. das Recht zum Tragen der alten Uniformen einzutreten, in der Minderheit. Nächste Sitzung heute 1 Uhr. Fortsetzung der zweiten Lesung des Aufwertungsgesetzes.

Das Aufwertungskompromiß gefährdet!

Ein neuer Miß in den Regierungsparteien.

Im Reichstag wurde gestern abend bekannt, daß die Abgeordneten Bazille und Steiniger von der Deutschnationalen Volkspartei beabsichtigten, gegen das Aufwertungskompromiß der Regierungsparteien zu stimmen und daß auf sie von der deutschnationalen Fraktionsleitung der stärkste Druck ausgeübt worden ist, um sie zu bewegen, ihr Vorhaben aufzugeben und sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Dem Verhalten des württembergischen Staatspräsidenten Bazille wird dabei um so größere Bedeutung beigemessen, da es auch auf die Abstimmung verschiedener süddeutscher Abgeordneter anderer Fraktionen Rückwirkungen ausüben wird. Ebenso sind innerhalb der Wirtschaftspartei starke Bedenken entstanden, die sie davon abhalten, auf den Boden der Vorlage zu treten. Damit erscheint die Annahme des Aufwertungskompromißes noch keineswegs als gesichert.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Zollberatung nicht vor dem 20. Juli.

Der Vorkonferenzrat des Reichstags hat gestern beschlossen, die Einzelberatung über die Aufwertungsfragen in zweiter und dritter Lesung bis zum Dienstag zu beenden, so daß sich am Mittwoch der Reichsrat damit beschäftigen kann. Auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung des Reichstags wird das Gesetz über die Rentenbankkreditanstalt gesetzt werden, daran reißen sich am Donnerstag das Kriegsbeschädigtengesetz, die Angestelltenversicherung, das Personalabbaugesetz und das Gesetz über das Tragen der Militäruniform. Vom 20. Juli ab sollen die Steuer Gesetze beraten werden. Die Ansetzung der Zollvorlage hängt noch von dem Abschluß der Ausschüßberatungen ab.

Bogenhardt kein Spigel.

Zuchthausstrafe beantragt!

Leipzig, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Bogenhardt-Prozeß vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gab am Freitag der Verteidiger des Hauptangeklagten, Rechtsanwalt Dr. Goldstein, die Erklärung ab, daß Bogenhardt nicht mehr als Spigel in Frage käme, da Rechtsanwalt Dr. Herzfeld sich erst am 9. Mai in einem Brief angeboten hätte, Bogenhardt zu verteidigen. Gleichzeitig seien ihm in den letzten Wochen von dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Lieberow-Weipzig mehrere Liebesgabenpakete zugegangen. Danach könnte Bogenhardt nicht mehr länger als Spigel betrachtet werden. In den Abendstunden stellte der Staatsanwalt folgende Strafentwürfe: Gegen Bogenhardt 5 Jahre Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe, gegen Kamp 5 Jahre Zuchthaus, gegen Boyed und Barde je 3 Jahre Zuchthaus und für die Uebrigen Strafen von 2 Jahren bis 6 Monaten Gefängnis.

Ha, die verruchte SPD!

Sie hat sich an die Agrarier verkauft!

Der „Roten Fahne“ ist es gelungen, ein Komplott aufzudecken. Die gefausten SPD-Führer stehen mit den Brotmüherern im Bunde. Sie haben mit den bürgerlichen Parteien ein Kompromiß abgeschlossen, sie haben dem Hochschutzzoll ihren Segen gegeben, sie helfen den Zollraub in die Scheune bringen. Es ist also höchste, allerhöchste, allerallerhöchste Zeit, daß sich auch der letzte SPD-Arbeiter von den gefausten SPD-Führern abwendet und zu der bolschewistischen, durch Ruth Fischer zuverlässig von allen rechten und linken Abweichungen bewahrenen KPD. seine Zuflucht nimmt.

Daß die gefausten SPD-Führer für ihren Verrat vom Reichslandbund mit Rittergütern beschenkt worden sind, verschweigt die „Rote Fahne“ vorläufig noch, das hebt sie sich als Sensation für die nächste Nummer auf. Aber im Ernst gesprochen: sollte es nicht zur vierberufenen neuen Taktik gehören, etwas weniger blödsinnig als bisher zu lägen? Ist es revolutionär, das Zentralorgan der bolschewistischen Partei auf eine Stufe zu bringen, daß neben ihm selbst noch die östlichen Papiere als reine Intelligenzquellen erscheinen? Ist der starkgläubige Trottel, dem keine Lüge zu dumm ist, das Urbild des bolschewistischen Proletariats? Oder fühlt sich hautjuchern nicht selbst ein Kommunist beleidigt, wenn man ihm erst ver-fachern zu müssen glaubt, an dem, was in der „Roten Fahne“ steht, sei natürlich kein Wort wahr?

Gewerkschaftsbewegung

Gefahr im Verzug!

Bei den Gas- und Wasserwerken.

Dem Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter wird uns mitgeteilt:

Die gestern vom Schlichter einberufene Sitzung zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten in den städtischen Gas- und Wasserwerken ist ergebnislos verlaufen. Die Direktion der Gas- und Wasserwerke beharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Aus dem Verhalten der Direktion ergibt sich, daß sie die unbedingte Absicht haben, den Konflikt auf die Spitze zu treiben.

Die Arbeitnehmererschaft hat bei den Verhandlungen das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen und war zu einer Einigung auf annehmbare Grundlage bereit. Demgegenüber hat das Verhalten des Schlichters bei den Arbeitnehmern großes Vertrauen hervorgerufen. Der Hinweis der Arbeitnehmer auf die bedeutend höhere Entlohnung der gleichen Kategorie, der in der Privatindustrie beschäftigt sind, wurde mit der Bemerkung des Schlichters abgelehnt, daß in Berlin noch weit niedrigere Löhne als bei den Gaswerken gezahlt werden. Da der Schlichter zwei früher zugunsten der Arbeitnehmer ergangene Schlichterurteile, die die Direktion ablehnt, nicht für verbindlich erklärte, wäre die Anwendung staatlicher Zwangsmittel eine für die Arbeitnehmererschaft unerträgliche Ungerechtigkeit.

Die Betriebsoblenste nehmen zu dem aus der Verhandlung sich ergebenden Zustand Stellung.

Wir fügen hinzu, daß nach unserer Kenntnis der Dinge mit einer Stilllegung der Gas- und Wasserwerke zu rechnen ist. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist mangels jedes Entgegenkommens nicht mehr in der Lage, den notwendigen Einfluß auszuüben, um das schlimmste abzuwenden. Vielleicht ist es noch Zeit, wenn diese Zeilen erscheinen. . . . Es ist jedenfalls eine Minute vor 12.

Unbegreiflich ist die Haltung der Direktion der Gas- und Wasserwerke. Die finanzielle Lage der Werke ist eine glänzende. Geld ist da! Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Löhne über dem Niveau der Privatindustrie liegen (was nichts beweisen würde). Sie liegen weit darunter. Warum also die Unnachgiebigkeit, vor deren Folgen wir wiederholt gewarnt haben? Fehlt denn den Leuten in der Direktion das Gefühl der ungeheuren Verantwortung, die auf ihnen lastet!

Kein Geld für schlechtbezahlte Beamte.

„Dauernde Fürsorge“, dauernd leere Worte.

Der Reichskanzler empfing im Beisein des Reichsministers der Finanzen und des Reichsministers des Innern am Freitag nachmittag die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Gesamtverbandes deutscher Beamtenvereinigungen und des Gewerkschaftsrings. Die Vertreter der Beamtenorganisationen legten eingehend die wirtschaftliche Notlage der Beamten, insbesondere der unteren Gruppen unter Berücksichtigung der Entwicklung der letzten Monate dar und gaben ihrer Sorge über die dadurch geschaffenen Verhältnisse Ausdruck. Sie baten daher, mit möglichster Beschleunigung noch vor Verabschiedung des Reichshaushalts eine Erhöhung der Beamtenbezüge vorzunehmen. Nach einer eingehenden Aussprache über die Lage der Beamten, die allgemeine Wirtschaftslage, die Gestaltung der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowie über die Lage der Reichsbahn, erklärte der Kanzler, daß die Reichsregierung zurzeit leider nicht die Möglichkeit habe, eine Erhöhung der Beamtenbezüge in Aussicht zu stellen, daß aber das Befindlichkeitsproblem der Gegenstand dauernder Fürsorge der Reichsregierung bleiben werde.

Nun hat der Reichstag das Wort. Bekanntlich liegt von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Antrag vor, die Zuschläge zu den Grundgehältern der Gruppe I bis VII von 12% auf 20 Proz. zu erhöhen und, wenn das nicht geschehen sollte, den gleichen Gruppen sofort eine einmalige Wirtschaftshilfsbeihilfe von 100 M. zu bewilligen. In den Verhandlungen des Ausschusses, die anfangs nächster Woche stattfinden, werden die bürgerlichen Parteien und der Reichsfinanzminister den sozialdemokratischen Forderungen gegenüber Farbe bekennen müssen. Der Reichsfinanzminister hat ausdrücklich angekündigt, daß er den Verhandlungen beiwohnen wolle. Werden nun die bürgerlichen Parteien und vor allem die Rechtsparteien, die im Wahlkampf den Beamten die kühnsten Versprechungen gemacht und diese Versprechungen nach den Wahlen sogar noch in Anträgen niedergelegt haben, vor den Beamten die gleiche schamlose Komödie wie in der Aufwertungsfrage spielen? Wir warten ab.

Angriff der Filmunternehmer.

Unterstützt durch das Landgericht II.

Gleich den großen Industrieverbänden der Unternehmer wollen auch die Arbeitgeber im Filmgewerbe nicht zurückstehen. Wie bereits in einer kurzen Notiz gemeldet, sind 22 Arbeitnehmer der Terra-Glashaus-Filmgesellschaft, Mariensfelde, Straße 94, wegen Lohnforderungen in den Zustand getreten.

Man müßte eigentlich annehmen, daß die Arbeitsniederlegung von 22 Arbeitnehmern ziemlich bedeutungslos ist, doch scheint dem nicht so zu sein. Selbst der Schlichtungsausschuß wurde bemüht, und die dort anwesenden Juristen glaubten die Vertreter der Filmgesellschaft recht von oben herab behandeln zu können, mußten dann aber selber zugeben, daß die Anrufung erfolgt sei, weil sie Angst hätten, die Lohnbewegung könne auf die ganze Industrie übergreifen.

Auch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Herr Gewerbetrot Körner, sieht es als seine Aufgabe an, am Schluß einer von ihm durchgeführten Vermittlungssitzung mit der Polizei zu drohen, und zwar in folgenden Worten:

„Nachdem meine Vermittlung nicht zum Ziele geführt hat, werde

ich den Polizeipräsidenten davon benachrichtigen, damit der Schutz der Arbeitswilligen durchgeführt wird.“

Auch diese Drohung wird ihren Eindruck auf die Arbeitnehmer nicht verfehlen, allerdings in einem anderen Sinne, als Herr Gewerbetrot Körner das glaubt. Wir müssen allerdings bekennen, daß wir uns die Aufgaben eines Schlichters anders vorgestellt hätten. Es dürfte wohl an der Zeit sein, daß die zuständigen Stellen Herrn Gewerbetrot Körner veranlassen, seine innere Ueberzeugung auf die für seinen Posten notwendige Unparteilichkeit zu prüfen.

Nachdem die Drohung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses mit der Polizei fruchtlos blieb, wandten sich die Unternehmer an die Gerichte und erreichten folgende unglaubliche einstweilige Verfügung:

Beschluß

In Sachen

1. der Terra-Film-Aktiengesellschaft, vertreten durch ihren Vorstand Erich Marowsky und Professor Dr. Max Glöck zu Berlin SW, Kochstr. 73;

2. der Terra-Glashausgesellschaft mit beschränkter Haftung, vertreten durch ihre Geschäftsführer Heinrich Hamerschmidt und Professor Dr. Max Glöck, zu Berlin, Friedrichstr. 224,

Antagsgegnerinnen,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Helmut Friedemann zu Berlin, Köthener Str. 1-4,

gegen

die Deutsche Filmgewerkschaft, Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands, zu Berlin, Charlottenstr. 6,

Antagsgegnerin,

wird im Wege der einstweiligen Verfügung wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung gemäß §§ 940, 937 ZPO. angeordnet:

Der Antagsgegnerin wird bei Vermeidung von Geld- und Haftstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, vor dem Grundstück Mariensfelde, Straße 94, oder in einem Umkreis von 2500 Metern von diesem Grundstück Streikposten aufzustellen und zu versuchen, hierdurch oder durch andere Mittel Arbeitswillige von der Arbeit in dem Atelier der Antagsgegnerin zu 2. Mariensfelde abzuhalten.

Die Kosten des Verfahrens werden der Antagsgegnerin auferlegt.

Berlin, den 9. Juli 1925.

Landgericht II in Berlin, Zivilkammer 14.

gez.: Weiß, Dr. Siebert, Harmening.

Ausgefertigt: Berlin, den 9. Juli 1925

L. S. gez.: Ruhmann, Kanzleifreier, als Gerichtsschreiber

des Landgerichts II.

Beglaubigt zwecks Zustellung, gez.: Dr. Friedemann, Rechtsanwalt.

Diese ohne jede Begründung, ohne jeden Grund, ohne jede mündliche Verhandlung ergangene einstweilige Verfügung des Landgerichts II, um ein in jeder Beziehung legales Recht zu unterbinden, ist ein Justizskandal, der einzig dasteht. Arbeitswillige darauf aufmerksam machen, daß in einem Betrieb gestreift wird, ist ein Recht, das kein Gericht aufheben kann. Wegen die einstweilige Verfügung ist selbstverständlich sofort Einspruch erhoben worden.

Wo die Unternehmer hinaus wollen, dafür noch folgende Tatsache:

Die Gesamtschlichter der Firma Max-Film-Weihensee ist gestern fristlos entlassen worden, weil sie sich weigerte, für den bestreikten Betrieb Streikbrecherarbeit zu leisten. Die Sperre ist verhängt.

Soweit die Tatsachen, die uns von der Filmgewerkschaft mitgeteilt werden. Wenn sie zutreffen, sind sie in jeder Beziehung so ungewöhnlich, daß schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ein Eingreifen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen erforderlich ist. Bei dem antisozialen Geist, der einen sehr großen Teil der Richter beherrscht, kann man sich auf alles gefaßt machen, wenn ein derartiger Streik gegen die Grundelemente des Koalitionsrechts vorgenommen wird.

Im übrigen geben wir hiermit der Belegschaft öffentlich einen Rat: Kein Gericht kann sie hindern, selbst zu tun, was der Gewerkschaft durch diese einstweilige Verfügung untersagt ist.

Die „Erfolge“ der KPD.-Metallarbeiter.

Schwächung der Gewerkschaften.

Dem Betriebsrat eines Großunternehmens der Metallindustrie wird uns geschrieben:

„Bei den „Erfolgen“ der kommunistischen Gewerkschaftsbildung erfahren wir, braucht nur in die Betriebe, besonders in die Großbetriebe zu gehen. Die Kommunisten verlangen in spaltenlangen Resolutionen die Schaffung von Einheitsverbänden. In Wirklichkeit sieht es so aus, daß der Niedergang der Gewerkschaftsbewegung fast ausschließlich auf die Spaltung der Gewerkschaften zurückzuführen ist.“

„Vor einigen Jahren konnten die Berliner Metallarbeiter dem scharfmacherischen Arbeitgeberverbände durch ihre starke und festgefügte Organisation ein Paroli bieten. In den Betrieben, in denen die Kommunisten am meisten schreien, die längsten Resolutionen und die radikalsten Anträge einbringen, sieht es gewöhnlich am traurigsten aus. Wo kommunistische Funktionäre und Betriebsräte vorübergehend herrschten, sanken die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften rapide.“

Die Betriebsversammlungen wiesen bald eine gähnende Leere auf, weil die KPD., angeekelt von dem Phrasengebrech und Geschimpfe der Kommunisten, die Versammlungen einfach nicht mehr besuchten.“

Das Gerede der Moskauer von Gewerkschaftsaufbau ist ebenfalls nichts weiter wie eine leere Phrase. Gerade sie waren es, die durch Schaffung von Sonderorganisationen dem Gedanken der Industrieverbände Abbruch taten. Wenn sie von der Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen sprechen oder schreiben, so zerrten sie mit Bestimmtheit im gleichen Augenblick die Organisationen und deren Führer in den Kot.“

Sieht auch einmal die Tätigkeit kommunistischer Betriebsräte an! Aus eigener Initiative können sie in den meisten Fällen überhaupt nichts leisten. Und wenn sie die Parole, die sie von ihrer Zentrale oder ihrer Gewerkschaftsfraktion bekommen, durchführen sollen, verlagern sie fast stets. Gar mancher Unternehmer hat schon seine volle Zufriedenheit über die „Tätigkeit“ kommunistischer Betriebsräte geäußert. In den Versammlungen das Raul aufreißen und vor dem Unternehmer zusammenknicken wie ein Taschentuch.“

Metallarbeiter, solche Funktionäre werden nie aufbauende Gewerkschaftstätigkeit leisten können. Am Sonntag müssen Kollegen als Delegierte zum 12. Gewerkschaftskongreß gewählt werden,

die durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen haben, daß sie imbeeinträchtigt von außenstehenden Personen oder Körperschaften wirkliche Gewerkschaftsarbeit zum Besten der organisierten Kollegenherd leisten können. Wählt deshalb nur

Liste A: Brand, Ziska, Ulrich, Schmalz, Lübke, Fiedler.

In der Konferenz der Betriebszellenablenkte der KPD., über die wir schon einiges berichtet haben, ist von Kasper verpropht worden, daß die KPD. bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß im Metallarbeiterverband die ganze Kraft der Partei und all ihre Hilfsmittel in Bewegung gesetzt werden.

Wir müssen schon sagen, nach der Kampagne, die bisher die „rote Fahne“ geführt hat und dem Flugblatt, das gestern verbreitet wurde, ist es mit der „Kraft“ und den Hilfsmitteln der KPD. nicht sehr weit her. Es sind die alten abgedroschenen Phrasen, die alten Lügen, die heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken, die man jetzt den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorsetzt, in der Hoffnung, daß diese noch darauf hereinfallen werden.

Wenn man die angeführten „Tatsachen“, die das Flugblatt den Lesern vorsetzt, durchgeht, dann stolpert man gleich bei der ersten über eine handgreifliche Lüge. Es wird da nämlich gesagt, daß die deutschen Arbeiter die niedrigsten Löhne und die längste Arbeitszeit hätten und wirtschaftlich und politisch die am meisten ausgebeuteten Lohnsklaven Europas seien.

Nun haben wir auf Grund des amtlichen Materials der russischen Sowjetbehörden einmal nachgesehen, daß die Arbeiterchaft Sowjetrusslands, genau wie zur Zeit des Sozialismus, die schlechtestbezahlteste Europas ist und heute erst 75 Proz. der Nominallohne der Vorkriegszeit hat. Was es mit der wirtschaftlichen und politischen „Freiheit“ in Rußland auf sich hat, wo nicht einmal eine einzige Zeitung erscheinen darf, die einen anderen Standpunkt als den der Bolschewisten vertritt, ist längst bekannt.

Ähnlich dumm sind die schwindelhaften „Tatsachen“, die das Flugblatt weiter anführt. Auf sie einzugehen, hieße die Unfähigkeit der organisierten Metallarbeiter ebenso niedrig einschätzen, wie es offenbar die KPD. selbst tut. Gerade weil die organisierten Metallarbeiter die bolschewistischen Terror- und Unterdrückungsmethoden ablehnen und eintreten für die „reformistische“ Aufbauarbeit der Gewerkschaften, deshalb werden sie am Sonntag der KPD. eine vernichtende Niederlage beritten und mit erdrückender Mehrheit die Liste A wählen.

Zum Streit im Großhandel.

Gestern abend tagte im Dresdener Kasino eine Vollversammlung aller im Berliner Großhandel Beschäftigten. Walter vom Berkehrbund schiederte noch einmal eingehend die Vorgesichte des Streiks, dessen Ausbruch nur die Unternehmer durch ihre Hartnäckigkeit verschuldet haben. In die bürgerlichen Zeitungen („Morgenpost“, „Lokal-Anzeiger“) sind Artikel lanciert worden, in denen gesagt wird, die Arbeitnehmer hätten nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, der Streik sei somit ein „wilder“. Wegen diese verleumdende und verlogene Darstellung muß entschieden Stellung genommen werden. Es sei noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß die Unternehmer alle vom Schlichter gefällten Schlichterurteile rundweg abgelehnt hatten. Bei den Verbindlichkeitsverhandlungen am Mittwoch, den 8. Juli, zeigten die Unternehmer, außer denen des Leder- und Delhandels, keinerlei Entgegenkommen. Es wurde lobann nur für die beiden genannten Gruppen, Leder und Schuhe, sowie Oese und Fette, die Verbindlichkeitsklärung ausgeprochen. Bei allen anderen Gruppen scheiterten die Verhandlungen an der Starrköpfigkeit der Unternehmer.

Die am selben Abend tagende Versammlung, die über diesen Streik der Unternehmer äußert empört war, beschloß darauf für Donnerstag früh den Streik für den gesamten Großhandel mit Ausnahme der beiden Gruppen, in denen ein verbindlicher Schlichter vorlag. Jede andere Darstellung in der Presse ist falsch und beachtlich, die Arbeitnehmer des Großhandels gegenüber der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Der Schlichter hat nun auch für die anderen Gruppen die noch ausstehende Verbindlichkeitsklärung abgelehnt. Für die Gruppen Textil, Chemikalien, Glas und Keramik und Eisenwaren begründet er die Ablehnung mit dem Ausbruch des Streiks, für die anderen Gruppen Kurz-, Galanterie- und Spielwaren und Fourage läge kein öffentliches, wirtschaftliches Interesse vor.

Die Unternehmer versuchen mit allen hinterhältigen Mitteln die Kampfmaßnahmen der Organisation zu durchkreuzen. Sie bieten ihren Arbeitern Lohnzulagen, Vorkassäfte, Gratifikationen u. dgl. mehr an, um sie vom Streik abzuhalten.

Die Versammlungen stehen in der Diskussion klar erkennen, daß sie auf diese Belohnungen nicht tricheren werden, sondern den Kampf bis zum endgültigen Siege führen werden.

Am Sonnabend, nachmittag 2 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Versammlung aller im Streit stehenden statt.

SPD.-Metallarbeiter!

Genossen, welche am Sonntag nicht durch Wahlarbeit schon verhindert sind, haben die Pflicht, am Sonntag um 10 Uhr im Lokal von J. Hiesing, Alexanderstraße 1, sich zur Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen.

Der Fraktionsvorstand.

Die Aussperrungswut.

Weimar, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband schächthühnerischer Webereien teilt mit, daß er, falls die in Gera streikenden Einheitsmeister am Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufnehmen, zur Aussperrung der Belegschaften aller Webereien schreiten würde. Sollte die Drohung der Unternehmer wahr werden, so würden etwa 20 000 Webereiarbeiter ausgesperrt werden.

Ausdehnung der belgischen Streikbewegung.

Brüssel, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Metallarbeiter der Provinz von Lüttich haben beschlossen, am 16. Juli die Arbeit niederzulegen. Gegenwärtig befinden sich bereits 45 000 Metallarbeiter im Streik. Der Generalstreik der Buchdrucker scheint für die Zeitungsdruckereien gegenwärtig nicht mehr zu drohen, doch unausweichlich in den anderen Druckereien.

Deutscher Verlegerverband. Wegen des am 11., 12. und 13. Juli stattfindenden Brandenburgerischen Verlegerkongresses bleibt die Geschäftsstelle des Verbands 13 am Montag, den 13. Juli, geschlossen.

Verbandsrat für Politik: Victor Schiff; Vorsitz: Arthur Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schilowski; Schlichter und Konflikte: Art. Karst; Anwalte: Dr. Gled; Schriftlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 6; Einheitsstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

C-BOLLE Pralientafel Schokolade
SCHOKOLADENWERK DER MEIEREI C-BOLLE A.G.



Die kleine Gärtnerstochter bringt einen Strauß rosa blühender Centaurea (Gattung Kornblume) in das Zimmer und stellt ihn in die Vase. Auf die Bemerkung: „Eine hübsche Blume!“ wird die Antwort: „Aber unverkäuflich.“

Blumen sind Luxus.

Wenn du aus deinem Garten oder mit Hilfe deines Geldes ein paar Blumen verschicken kannst, so wirst du bei jedermann, ob alt oder jung, arm oder reich, dankbarer Freude begegnen. „Der Rosen einen Groschen“ — sollte man nicht meinen, daß jede Berlinerin mit den leuchtenden Kindern des prangenden Sommers geschmückt wäre, daß in jeder Wohnung ein Busch sich vorfände? Zugegeben, daß für große Massen der Bevölkerung das Haushalten mit dem Zehepennigstück eine bittere Notwendigkeit ist, aber, so wird man fragen können, gibt es in einer Millionenstadt wie Berlin doch nicht Hunderttausende, die für ebenfalls überflüssiges Geld ausgeben, und meist mehr als die Pfennige, die ein paar Blumen kosten? Im Winter, wo mit ziemlichen Kosten herangezogene Blumen, durch Glas geschützt und durch Heizung zum frühzeitigen Blühen gebracht, allein in unserer großen Natur spritzen, kann naturgemäß der Blumenpreis kein so billiger sein, daß der Rinderbemteltste sie zu erwerben in der Lage ist. Aber jetzt im Sommer sollte der Blumenabsatz ein größerer sein. Durch die Ausdehnung der Laubkolonien und durch die Einbeziehung auch besser bemittelter Kreise in die Schar der Kolonisten ist zweifellos auf der einen Seite die Liebe zur Blume gewakt, gesteigert, auf der anderen Seite die Zahl der Käufer von Blumen vermindert worden, denn der Garten liefert für den eigenen Bedarf (manchmal sogar noch darüber hinaus). Aber alle diese Momente berücksichtigend, wird man doch dem Berliner eine zu große Blumenfreudigkeit nicht zugestehen können, die nahe Luft des sich Schmückens, und sei es auch nur auf wenige Stunden, ist anderen Völkern mehr zu eigen. Ja, es scheint, als ob ein Rückgang in der Lust stattgefunden hat. Die Blume im Knopfloch ist „aus der Mode“ gekommen und die Bekannte verschmäht es nicht, sich einen Luft künstlicher Blumen auf Kleid und Mantel und Ruff aufhängen zu lassen — eine Geschmackslosigkeit sondergleichen!

Die Ursachen der Unverkäuflichkeit.

Die Blumen sind der Mode unterworfen. Wie es heute kurze und enge, morgen lange und weite Kleider gibt, so sind heute rote und weiße Blumen und morgen gelbe und blaue begehrt. Ein altes Gärtnerwort sagt: „Wie mans macht, ist es falsch.“ Wenn einer weiße Besoffen selbstbetet, will die Schar der Mäher ausgerechnet rote und blaue usw. Das sind Eigentümlichkeiten, in deren

Grund einzudringen kaum möglich ist. Lange Jahre hindurch blieb es, gelbe Blumen sind nicht beliebt; heute ist man von diesem Vorurteil abgekommen. Es war das Verdienst des Kunstgelehrten Bismarck, daß er gegen diese Vorurteile Sturm lief, daß er nicht nur das schreckliche „Matarbutet“ fortsetzte, sondern den Leuten auch die Erkenntnis ins Bewußtsein hämmerte, daß jede Blume in ihrer Art ein Kunstwerk bedeute. Aber lassen wir diese Farbenfragen und wenden wir uns einem anderen Nothegrunde zu: der Verbesserung in der Erscheinung der Blumen. Wissenschaft und Praxis arbeiten stetig an der Bereicherung der Produkte der Natur. Größe der Blumen, Länge des Stieles, stärkerer Duft, leuchtendere Farbe, größere Haltbarkeit, früheres Blühen, kein einziges Moment in der Stala der Erscheinungsformen ist von dieser Arbeit unberührt geblieben. Selbst die bescheidensten Produkte, wie Veilchen und Vergißmichnicht, haben den Prozeß der Hochzüchtung durchmachen müssen. Nun ist es gewiß Sache des Produzenten, sich diesen Anforderungen, die die Abnehmer stellen, anzupassen; aber auch hier sollte es heißen, das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Nicht jede Neuerung, Verbesserung ist lebensfähig gewesen; manche Umstellung hat sich als ein Fehlschlag erwiesen und die aufgewandten Kosten und Mühen waren vergeblich. Vor allem ist es aber doch eine Wilderthatigkeit, das Alte ohne triftigen Grund für abgelehnt zu erklären. So erleben wir jetzt auf dem Gebiete der Rosen eine „Testout“-Mädigkeit (beim Publikum oder beim Handel?). Man will statt der herrlichen, seidenglänzenden, prächtig-rosafarbenen Madame-Caroline-Testout-Rosen andere Sorten, die seitdem entstanden sind. Als aber die ersten goldig-schimmernden Rosen einer neuen Klasse, der Bernese-Rosen, auftauchten, hieß es, das wäre nur etwas für Kenner und der Absatz war schwierig. Bei den Dahlien und Chrysanthemen hat man wohl die größten Modeschwankungen zu verzeichnen. Die Kaktus-Dahlien mit den spitzen Blütenblättern stellten eine Zeitlang alles in den Schatten, aber auch da gab es Wechsel in der Mode; bald war die eine, bald die andere Farbe bevorzugt. Daß neue Sorten, die z. B. bessere, straffere Haltung der Blumen auf den Stengeln und größere Blumen zeigen, andere Sorten verdrängen, ist begreiflich, aber die Mode holt über diese Notwendigkeiten hinaus wohllos ihre Plebslinge hervor. Auf dem Gebiet der Dahlien ist noch ein anderes charakteristisches Moment zu verzeichnen: die im Juli schon erscheinenden Blumen sind nur in seltenen Fällen abzusehen. Man kauft noch keine Dahlien — eine Ansicht, die dem wahren Blumenfreund doch nur ein Lächeln entlocken kann. Dahlien „gehen“ dann, wenn die Herbstfröste den ganzen Flor in einer Nacht zerstören können — ist das nicht ein rechttes Abbild unserer kapitalistischen Kultur? Bei den Chrysanthemen war vor einigen Jahren „Gionnet“ großer Liebling; die Farbe, eine Mischung von Gelb, Kupfer, Rot, war durchaus nicht überwältigend

schön. Man hat seitdem mehr in jättem Rot schimmernde „Sparks“ gezüchtet, die die Urforte verdrängen.

Ueberproduktion.

Kommen wir nochmals auf den vom Publikum zu zahlenden Detailspreis: „4 Rosen 10 Pf.“ zurück, so beleuchtet dieser Preis doch wahrlich blühartig die Situation. Nicht der Preis an sich — denn wer wäre nicht für billige Preise? —, sondern der Umstand, daß trotz dieses Preises viele tausende Rosen unverkäuflich sind, ist das Charakteristische. Hat eine Fabrik zwei Ware hergestellt, so speichert sie sie auf und sucht mit Ruhe den geeigneten Zeitpunkt, sie eventuell mit geringen Nutzen, abzustufen. Die Blumen übertragen ein solches Aufspeichern, selbst in Kühlräumen, nur kurze Zeit. Hausenweise werden sie, nachdem sie oberflächlich abgetrocknet und auf den Boden gemorren sind, als Rehricht fortgesetzt — auch das ein Zeichen unserer kapitalistischen Kera! Gibt es eine Abhilfe? Schwerlich, solange nicht die Kaufkraft und Kauflust des Publikums sich stärker entfalten. Und daß diese von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist, liegt auf der Hand. Wohl könnte durch Benutzung von Blumen zum Schmuck der Schaufenster ein Anreiz für das stierende Publikum gegeben werden, auch feinerseits den Kindern der Flora nicht nur ein platonisches Interesse entgegenzubringen. Wie prächtig sich ein Blumenstrauß inmitten der garten Gewebe moderner Frauenkleidung ausnimmt, zeigen die wenigen Versuche, die blumenfreundige Geschäftsinhaber schon ange stellt haben. Aber die Rehrzahl wird die neuen Kosten im Hinblick auf sonstige Kosten ablehnen. Und so ist es auch in den Restaurants. Wie oft trifft man in besseren Lokalen die steifen künstlichen Blumen, reichlich bestäubt, als Tafelschmuck.

Arme Blumen — noch oft genug werdet ihr den Weg zum Komposthaufen antreten müssen, ohne den schönen Beruf erfüllt zu haben, die Brust eines jungen Mädchens und die Tafel im eigenen Heim zu schmücken!

Und wieder Stralauer Fischzug.

Am 31. Mole. Dabei die vielen Jahre, in denen das Fest nicht gefeiert wurde, mitgezählt sind. Man will diesmal die Sache großartiger als im vorigen Jahre gestalten. Von einem richtigen Volksfest, etwa wie in der Luftkosten-Kolonie Falkenberg bei Grünau, wird man aber wohl nichts zu sehen bekommen. Die Veranstaltungen kamen in den letzten Jahrzehnten über einen Fischzug der Stralauer Gastwirte, denen man natürlich die Extraeinnahme während der zwei Festwochen im August gern gönnen

Die Baumwollpflücker.

18] Roman von B. Travas. Copyright 1925 by B. Travas, Columbus, Texas.

In diesen Gedankengängen bewegte sich unser Tischgespräch, weil wir der besseren Verdauung wegen während des Essens nichts Gedankenreiches in unserem Hirn herumwälzen wollten und weil man beim Essen nur vom Essen sprechen soll.

Ich führe dieses Gespräch hier auch nur an, um zu zeigen, daß wir keine ungebildeten Leute oder was viel schlimmer ist, etwa gar revolutionäre Arbeiter waren. Denn das kann man so sehr leicht werden, wenn man sich gehen läßt und nachgibt, besonders wenn man augenblicklich keine andere Zukunftsmöglichkeit vor Augen sieht als eine fünfzehn- bis siebzehnstündige Arbeitszeit für anderhalb Pesos.

Für diese Mahlzeit zahlten wir jeder fünfzig Centavos, alles einbezogen. Es war der übliche Preis in einer chinesischen Speisewirtschaft.

Jeder Weiße und jeder Mexikaner, der es versucht — und es wird immer wieder versucht — für dasselbe Geld die gleiche Mahlzeit mit allem genannten Zubehör zu geben, geht zugrunde. Das Allerwenigste, was ein Nicht-Chinese fordern muß, sind achtzig Centavos. Wie der Chinese das fertig bekommt und dabei noch verdient und zu Wohlstand gelangt, ist eins der vielen Geheimnisse, die um den Chinesen gehäuft sind.

Antonio goß sich noch ein Glas Wasser ein, spülte sich gründlich Mund und spuckte das Wasser auf den Fußboden. Sauberen Mund und saubere Zähne zu haben ist dem Mexikaner wichtiger als ein trockener Fußboden. Die nimmermüde tropische Sonne trocknete ja den Fußboden, ehe sich der nächste Gast an unseren Tisch setzt.

15. Nun segelten wir zuerst einmal zu der Bäckerei. Ich ging in den Laden und fragte den Verkäufer nach dem Prinzipal. „Sind Sie Bäcker?“ fragte der Inhaber. „Jawohl, Brot- und Kuchenbäcker,“ sagte ich. „Wo haben Sie denn zuletzt gearbeitet?“ „In Monterrey.“ „Gut, dann können Sie heute abend anfangen. Freie Kost, Wohnung und Wäsche und ein und einen halben Peso für den Tag.“

„Halt!“ sagte er plötzlich, „sind Sie sicher auf Lorten, auf Lorten mit Gufhornamenten?“

„Ich habe in meiner letzten Stellung in Monterrey nur Lorten mit Gufhornamenten gebäckt.“

„Das ist fein! Da will ich aber doch erst mal mit meinem Meister sprechen, was der dazu sagt. Ein sehr tüchtiger Meister, won dem können Sie viel lernen.“

Er ging mit mir in die Kammer, wo der Meister sich gerade die Stiefel anzog, um auszugehen.

„Hier ist ein Bäcker von Monterrey, der Arbeit macht. Hören Sie mal, ob Sie ihn brauchen können.“

Der Inhaber ging wieder in sein Zimmer und ließ uns beide allein.

Der Meister, ein kleiner dicker Bursche mit Sommerprossen, zog sich ruhig erst die Stiefel an, dann setzte er sich auf den Betrand und zündete sich eine Zigarre an.

Nachdem er ein paar Züge getan hatte, betrachtete er mich misstrauisch von oben bis unten und sagte endlich:

„Sie sind Bäcker?“

„Nein, ich habe keine blaße Ahnung vom Boden.“

„Sol?“ sagte er darauf, immer noch misstrauisch.

„Verstehen Sie was von Lorten?“

„Gefessen habe ich schon welche,“ sagte ich, „aber wie sie gemacht werden, davon habe ich keinen Begriff. Ich wollte das gerade lernen.“

„Hier haben Sie eine Zigarre. Sie können anfangen, heute abend um zehn Uhr. Aber pünktlich! Rollen Sie was essen?“

„Nein, danke! Nicht jetzt.“

„Gut, ich werde mit dem Alten sprechen. Ich will Ihnen nun Ihr Bett zeigen.“

Sein Misstrauen war geschwunden und er war sehr freundlich.

„Ich werde einen tüchtigen Bäcker und Konditor aus Ihnen machen, wenn Sie gut aufpassen und willig sind.“

„Dafür würde ich Ihnen sehr dankbar sein, Sennor. Bäcker und Konditor wollte ich schon immer werden.“

„Wenn Sie nun wollen, können Sie schlafen gehen oder sich die Stadt ansehen. Ganz, wie Sie wollen.“

„Gut!“ sagte ich, „dann will ich in die Stadt gehen.“

„Also um zehn Uhr, nicht wahr?“

Ich trat, wie verabredet, Antonio im Park auf der Bank. „Na?“ begrüßte er mich. „Ich fange heute abend an.“

„Das ist gut,“ sagte er, „vielleicht gehe ich später mit Ihnen runter nach Columbien.“

Ich setzte mich zu ihm.

Weil ich nicht recht wußte, was ich mit ihm reden sollte und um ein Gesprächsthema zu haben, dachte ich, jetzt ist der geeignete Zeitpunkt, nach Gonzalo zu fragen. Es war mir eigentlich nicht so sehr darum zu tun, nur zu schwätzen, als vielmehr zu beobachten, wie er sich benehmen würde, wie sich ein Mensch betragt, der einen Raubmord auf dem Gewissen hat und den man damit überrascht, daß man ihm sagt, man wisse es.

Eine Gefahr war freilich damit verknüpft. War Antonio in Wahrheit ein echter Mörder, dann würde er bei erster Gelegenheit mich auf die Seite schaffen als Mitschiffer. Aber darauf wollte ich es ankommen lassen. Diese Gefahr ligelte mich erst recht, auf den Busch zu klopfen. Ich war ja vorbereitet und konnte mich meiner Haut wehren. Mit ihm allein durch den Busch, vielleicht gar nach Columbien zu trampeln, würde ich dann schon wohlweislich vermeiden.

„Wissen Sie, Antonio,“ sagte ich plötzlich aus heiler Haut heraus, „daß Sie von der Polizei gesucht werden?“

„Ja?“ erwiderte er ganz erstaunt.

„Ja, Sie!“

„Bestwegen denn? Ich weiß nicht, daß ich etwas verbrochen habe.“

Es klang sehr aufrichtig; zu aufrichtig, um echt zu sein.

„Begen Nord! Wegen Raubmord!“ sagte ich hinzu.

„Sie sind wohl verrückt, Gale. Ich wegen Raubmord? Da sind Sie aber böse im Irrtum. Vielleicht eine Namensähnlichkeit.“

„Wissen Sie, daß Gonzalo tot ist?“

„Was?“ Er schrie es beinahe.

„Ja,“ sagte ich ruhig, ihn im Auge behaltend.

„Gonzalo ist tot. Ermordet und beraubt.“

„Der arme Kerl! Er war ein guter Bursche,“ sagte Antonio bedauernd.

„Ja,“ bestätigte ich, „er war ein braver Kerl! Und es ist schade um ihn. Wo haben Sie ihn denn zuletzt gesehen, Antonio?“

„In dem Hause, wo wir alle wohnten.“

„Dr. Shine erzählte mir, daß ihr drei, Sie, Gonzalo und Sam zusammen am Montag morgen fortgegangen seid.“

„Wenn Dr. Shine das sagt, dann irrt er. Gonzalo ist zurückgeblieben. Wir zwei nur, Sam und ich sind zur Station gegangen.“ (Fortsetzung folgt.)

Ein Feiertag der Frauen.

Die Arbeiterwohlfahrt hatte gestern im Verein mit der Redaktion der „Frauenwelt“ eine Dampferfahrt nach Woltersdorfer Schleuse veranstaltet. Drei Dampfer fuhren, gefüllt mit einer festlich gestimmten Menge, von der Jannowbrücke ab, zwei andere begannen die Fahrt an der Oberbaumbrücke, bzw. in Köpenick. Im ganzen fuhren wohl an 2000 Menschen, vor allem Frauen, hinaus in den Sommertag. Bei herrlichem Sonnenschein zogen die mit schwarz-rotgoldenen und roten Flaggen geschmückten Fahrzeuge durch die Berliner Spree, wo sie auf allen Brücken und auch in den zahlreichen Fabriken die größte Aufmerksamkeit erregten. Allenhalben grüßten jubelnde Jurore, überall ein Winken von Land zu Schiff, von Schiff zu Land. Ein wahrer Demonstrationzug auf dem Wasser. Kapellen spielten lustige Weisen und über dem Ganzen lag ein hauch frohster Stimmung. Vorbei ging es an den industrieherrschten Ufern der Oberspree durch Köpenick hindurch zum Müggelsee und weiter über einen saftigen Wiesen und dunklen Wäldern, an kleinen Gärten und reichen Villen zum Dämmertage, an dessen Ausgang Ertner winkt. Wieder Fabriken und endlich grüßt der Platansee, in den die liebliche Wäldchen mündet. Kurz nach 12 Uhr landeten die Dampfer an der Woltersdorfer Schleuse, wo sich alsbald ein munteres, zwangloses Treiben entwickelte. Die herrliche Wald- und Seelandschaft ließ für einige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen. Fleißige Frauenhände hatten eine Tombola vorbereitet, deren Erträgnisse zum Segen der Arbeiterwohlfahrt dienen werden. In den Nachmittagstunden schien es, als ob Petrus der Veranstaltung nicht günstig gesinnt sei, jedoch zeigte er sich anädiger, als man nach den ersten Regentropfen annehmen durfte. In den späten Abendstunden fand der Tag der Frauen, ein Wochentag, der zum Festtag wurde, sein Ende; man hatte geplaudert und im Balde gespielt, man war sich näher gekommen. Und das war ja schließlich der Zweck der ganzen glücklich verlaufenen Fahrt.

Folgeschwere Straßenbahnzusammenstöße.
Zahlreiche Personen verletzt.

Drei Straßenbahnzusammenstöße ereigneten sich gestern nachmittags. Nicht weniger als 17 Personen wurden dabei verletzt, glücklicherweise nur eine schwer. Der erste Zusammenstoß ereignete sich um 6.35 Uhr abends an der Ecke der Kaiser-Allee und der Schaperstraße. Ein an der Rotweiche haltender Straßenbahnwagen der Linie 177 wurde von einem Wagen der Linie 89 von hinten angefahren. Der Anprall war so heftig, daß beide Wagen stark beschädigt und sämtliche Fenster zertrümmert wurden. 12 Personen wurden verletzt. Es sind dies: Minna Krulisch, Calvinstr. 18, Rippenbruch; Emil Frester, Eplauer Str. 10, Rücken- und Beinverletzung; Heinrich Schumann, Knobelsdorfer Str. 150, rechte Schulterverletzung; Hammi Zeigmann, Stefanstr. 23, Nerven- und Rückenverletzung; Karl Rogolik, Göbenstr. 18, Muskelquetschung; Josef Kuschel, Kaiser-Friedrich-Str. 17, leichte Kopfverletzung; Hans Gutzeit, Windscheidstr. 15, Hautabschürfungen am linken Bein; Arthur Marquardt, Alsenstr. 5, Hautabschürfungen am rechten Bein; Margarethe Scheide, Goethestr. 49, Nasenbluten; Paul Junk, Augsburgstr. 39, Kopf- und Rückenverletzungen; Wilhelm Toepfer, Pestalozzistr. 71a, Rückenverletzungen; Auguste Schmidt, Steglitz, Lichterfelder Str. 89a, leichte Kopfverletzungen. Die erstgenannte Verletzte mußte nach dem Krankenhause in der Lindenbockstraße gebracht werden, wo sie Aufnahme fand. Die übrigen konnten nach Anlegung von Rotverwänden auf der Rettungstation ihre Wohnungen aufsuchen.

Nur zehn Minuten später erfolgte ganz in der Nähe, vor dem Hause Kaiser-Allee 222, ein neuer Zusammenstoß. Dort fuhren zwei Wagen der Linien 77 und 177 aufeinander. Auch hier wurden die beiden Wagen stark beschädigt, Personen jedoch nicht verletzt. Es entstand jedoch eine einstündige Verkehrsbehinderung. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Folgeschwerer war der dritte Zusammenstoß, der sich um 7.50 Uhr nachmittags an der Ecke der Boghagener und Warschauer Straße ereignete. Ein Wagen der Linie 176 fuhr auf den Anhänger der Straßenbahnlinie 113 auf. Durch den Anprall wurde die hintere Plattform des Anhängers vollständig eingedrückt und folgende Personen verletzt: Frau Charlotte Kreuzner, Münchberger Straße 12, deren Ehemann Paul Kreuzner, die Ehefrau Clara Holländer aus der Wilhelmstraße 65 zu Lichtenberg und deren dreijähriges Töchterchen Elfrida, der Mitfahrer Erich Seidel aus der Beumestraße 20 und der Kaufmann Paul Fischer aus der Holzmarktstraße 50.

Wochenendfahrten nach Helgoland und Wangerooze.

Von Bremerhaven-Londballe werden nach Helgoland oder Nordernei und zurück bis 14. September und nach Wangerooze und zurück bis 31. August an jedem Sonnabend dreitägige Wochenendfahrten mit ermäßigten Preisen ausgeführt. Zwischen Bremen und Bremerhaven-Londballe besteht unmittelbarer Anschluß an die Fernzüge und die Dampfer. Die drei Tage gültige Wochenendkarte (Hinfahrt Sonnabend, Rückfahrt Montags) kostet Bremerhaven-Londballe bis Helgoland (einschließlich Landungsgebühren) 15 M., Wangerooze (einschließlich Inselbahn) 15 M., Nordernei 27 M. Näheres ist den Fahrplänen zu entnehmen, die in allen Reisebüros unentgeltlich abgegeben werden. Der Norddeutsche Lloyd unterhält bis zum 31. August außerdem tägliche Verbindungen zwischen Bremerhaven und Wangerooze. Die Dampfer haben durchweg bequeme Schnellzuganschlüsse.

Die verlegte Nacht macht die Schwärze des Hofs-Choosters mit dem allerersten Schwanenbuckel bekannt. Im Mittelpunkt steht ein junger Ehemann, der durch die unglaublichen Zufälligkeiten nicht zu seiner Hochzeit kommt. Nach und nach werden alle Familienmitglieder schuldig oder unschuldig in diese Angelegenheit verstrickt. Und drei recht kurzweilige Akte hupfen vorüber, bis sich das Rätsel endlich entwirrt. Ge spielt wurde von den Darstellern Max Rabien, Charlotte Tiburtius, Anna Brend, Ellen Maria Kreburg, Peter A. Horn, Martin Knapfel, Eva Wendorf und Wolfgang Müller recht flott. Von dem Inhalt nimmt der Besucher natürlich nichts mit nach Hause.

Die Arbeit des Rettungsamtes der Stadt Berlin. Im Monat Mai 1925 wurden die städtischen Rettungstellen in 8413 Fällen in Anspruch genommen. Das Rettungsammt führte 3921 Krankentransporte aus.

Jandfächer auf der Reichsbahn. Vor dem Schöffengericht Mitte stand ein älterer Hilfsangestellter der Reichsbahn, Franz E., der auf der Fundstelle des Potsdamer Bahnhofes beschäftigt war. Hierbei hatte der arme Sünder aus abgelieferten Handfächern kleine Geldbeträge bis zu 10 Mark entwendet. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und dreijährigen Verlust der Amtsfähigkeit. Die Strafe soll bei guter Führung auf drei Jahre ausgesetzt werden.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat gestern im Hause Planufer 14, an der Ecke der verlängerten Jossener- und Alle Jankowskys ihre 179. Verkaufsstelle eröffnet. Das Haus ist vom Magistrat Berlin gekauft und erst kürzlich fertig geworden. Einige schöne Blumenarrangements im Vorgarten waren der Gönnerin an die Genossenschaft zur Geschäftseröffnung. Die Verkaufsstelle hilft einem dringenden Bedürfnis in der Gegend des Halleschen Toras ab; für guten Geschäftsgang werden die Bewohner dieses Stadtviertels sorgen. Am Geschäftsjahr 1924/25 hat die Genossenschaft sechs neue Warenabgabestellen eröffnen können, ein Beweis dafür, daß die Inflation und ihre Nachwirkungen für Berlins größte Konsumgenossenschaft überwunden sind.

Der Beirat für Auslandsstudien an der Universität Berlin wird im Wintersemester 1925/26 wiederum einen öffentlichen Vortragstermin veranstalten, und zwar diesmal über das Thema „Deutschland und die Donauländer“. Vortragsfächer werden 10-12 Vorträge gehalten werden; sie finden wie immer im Kulgebäude der Universität statt.

Die Baumhülle Späth in Berlin wird am Sonntag, den 12. Juli 1925, unter Führung des Herrn Direktor Max R. von der Firma Späth von der DDB- und Gemeindeführung der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Invalidenstr. 42, beschäftigt. Die Teilnahme an der Fahrt steht jedermann frei. Abfahrt morgens 7.17 ab Leichter Bahnhof.

Ausstellung des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten bei Westheim. Diese Vereinigung von Krüppeln, die sich die hohe Aufgabe gestellt hat, den Schicksalsgefährten durch Arbeitsbeschaffung zu helfen, zeigt jetzt die Ergebnisse ihres Kampfes bei Westheim am Leichter Bahnhofsplatz in der Volkshausbildung. Es ist viel wertvolle Arbeit geleistet, und als etwas ganz Eigenartiges sollen die Bilder in Folienarbeit auf. Wie die Stimmung durch solch sprödes Ausdrucksmittel erreicht ist, kann erst empfunden, wer der diesen Werken folgt. Aus Raumangelegenheiten nur kurz auf die feinen Nuancen, das eigenartige Spielzeug und die lustigen Kadelarbeiten hinweisen. Wir empfehlen aber unseren Lesern, die Ausstellung zu besuchen.

Der Deutsche Studentenbund an der Universität Berlin wird in einer Rundreise am Montag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Hochschule für Politik, Schinkelplatz 8, gegen die Todesurteile des Moskauer Tribunals gegen die drei deutschen Studenten protestieren. Als Redner sind vorgesehen: Rektor Bödwing, Weidau, der aber die „Sozialen Aufgaben der deutschen Studenten“ und Oberst Graf Montgelas, der über die „Politischen Aufgaben des deutschen Studenten“ sprechen wird.

Die Kunstgemeinde Neukölln eröffnet im Herbst ihre dritte Winterpiegeln. Ein reichhaltiges Programm ist vorgesehen, u. a. Männerchöre, Orchesterkonzerte, Lieder und Langenbe und eine Aufführung der Kabarettstücke von Bach. Mitglieder zahlen für jede Veranstaltung einen Eintrittspreis von 50 Pf. Anmeldungen werden in allen Hallen, u. a. bei Gärtner, Wilhelmstr. 14, Lindner, Kaiser-Friedrich-Str. 36, Rathaus, Zimmer 254, Kristallen Bräu, Rudow und Rudow entgegengenommen.

Die Jugendweibe Neukölln findet am 21. September im großen Saal der Neuen Welt statt. Anmeldungen in den Nordstr. 10/11, Kaserstr. 2 und Steglitzstr. 8. Anmeldegebühr 50 Pf.

Jugendweibe für Karlshorst am 20. September in Oberhöfenweide. Anmeldungen beim Gerolshorster, Schenkerstr. 2.

Taijun auf den Philippinen.

London, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Besitztümer der Philippineninsel wurde am Freitag von einem verheerenden Taijun heimgeführt. Hunderte von Häusern wurden in Manila zerstört, mehr als zweitausend Personen sind obdachlos geworden.

Erleichterte Einreise in das Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebietes hat, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände erfährt, kürzlich die Einreisestimmungen nach dem Saargebiet wesentlich erleichtert. Zur Einreise in das Saargebiet bedarf es keiner besonderen Genehmigung mehr. Die Reisenden müssen lediglich im Besitze eines Passes oder eines sonstigen von ihrer zuständigen Heimatbehörde ausgestellten Personalausweises sein. Sie müssen sich innerhalb drei Tagen nach Ankunft im Saargebiet bei der zuständigen Polizeibehörde anmelden. Die Anmeldebefugnis einigt sich zu einem Aufenthalt im Saargebiet bis zu zwei Wochen. Wer länger als zwei Wochen im Saargebiet verweilen will, hat eine besondere Aufenthaltserlaubnis, die jeweils bis zu drei Monaten erteilt wird, bei der Regierungskommission des Saargebietes, Abteilung des Innern (Polizeiabteilung), unter Vorlage des Ausweises zu beantragen.

Schwelle und Heuschrecken in Russland. In den ersten Julitagen herrscht in Mitteleuropa eine große Hitze. In Russland stieg das Thermometer auf 44 Grad C. Schwere Gewitter und Plüregen brachten eine Abkühlung. In den nordkaukasischen Bezirken haben ungeheure Heuschreckenschwärme Wiesen und Ackerland verwüstet. Da mit einer Wanderung der Heuschrecken

zu rechnen ist, werden in den Nordkaukasischen Provinzen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung getroffen. In Lissa, das bei Ungarn hat ein leichtes Erdbeben stattgefunden, das keinen Schaden anrichtete.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Rubrik sind: Kreisamt des Bezirksverwalters, Berlin S.W. 6, Lindenstraße 1. Kreisamt des Bezirksverwalters, Berlin S.W. 6, Lindenstraße 1.

Morgen, Sonntag, den 12. Juli:

- 1. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 11. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 12. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 13. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 14. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 15. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 16. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 17. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 18. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 19. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.
- 20. 10.00 Uhr, Kometenklub 10.00 Uhr Sitzung der Kreisverwaltung im Kreisamt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Kreisamt des Bezirksverwalters, Berlin S.W. 6, Lindenstraße 1. Kreisamt des Bezirksverwalters, Berlin S.W. 6, Lindenstraße 1.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 11. Juli: Kreisamt des Bezirksverwalters, Berlin S.W. 6, Lindenstraße 1. Kreisamt des Bezirksverwalters, Berlin S.W. 6, Lindenstraße 1.

Sport.

Kennen zu Ruhleben am Freitag, den 10. Juli. 1. Rennen 1. Juvastion (H. Weh), 2. Importation (G. Wills), 3. Coriolanus (G. Lanting), 4. Tot: 45:10, 11:20, 20:20, 25:10. Ferner lesen: Grafus, Prinzessin Stawak, Carlotta D., Weibrecht, Carlotta, Rottie Knoll, Kinostern, Prochüre, Rita.

Unsere riesigen Ausverkäufe ist bezeichnend für unsere rücksichtslose Preisherabsetzung

Benutzen Sie möglichst die Vormittagsstunden zu Ihrem Einkauf!

Damen-2 Spangen- und Schnürschuhe, mod. Ausführungen	6.90	Herren-Schnürstiefel, in Rindbox	8.90	Braune Kinder-Spangenschuhe	3.20
Braune Damen-Spangen- und Schnürschuhe, nur gute Ausführungen	7.90	Braune und schwarze Herren-Halbschuhe, moderne Formen	8.90	Braune Sandalen, sehr starke Ausführung	2.90

Restposten und Einzelpaare spottbillig!

W. L. & Cie AG. Burg b. Magdab.

SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Str. 30
W, Schillerstr. 16
NW, Beusselstr. 29
NW, Turmstr. 41
NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnenstr. 37
N, Danziger Str. 1
N, Friedrichstr. 130
N, Mälterstr. 3

O, Andrasstr. 30
SO, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstr. 24
SO, Wrangelstr. 49
C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Str. 14
Neukölln, Bergstraße 20/31
Potsdam, Brandenburger Str. 54
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 122/23

Mordprozeß Angerstein.

Limburg, 10. Juli. (Drahtbericht.) Sehr interessant gestellte sich im Laufe der Zeugenvernehmung die Vernehmung des Professors Soebert aus Bielea, der schon im Jahre 1922 Frau Angerstein an einem nervösen Darmfartarrh behandelt hatte. Eine weitere Untersuchung, so erklärte er, führte zu der Annahme, daß die Frau sich an einem Geschlechtsleiden ihres Mannes ansteckt habe, und daß darauf auch die Fehlgeburten zurückzuführen seien. „Als ich“, so erklärte der Zeuge weiter, Angerstein das vorhielt, bestritt er zunächst jeden außerehelichen Verkehr auf das Entschiedenste und behauptete dann plötzlich, er hätte sich von seiner Frau angesteckt. Nach allem guten, was ich vorher über das Eheleben der Angersteins erfahren hatte, erschien mir

diese Anschuldigung unsagbar gemein

und ich sagte mir, daß in dem Charakter dieses Mannes irgend etwas nicht stimmt. Ich hatte den Eindruck, daß mir eine Komödie vorgespielt wurde und in mir erwachte schließlich der Verdacht, ob nicht das chronische Darmleiden der Frau auf Vergiftungsercheinungen zurückzuführen sei. Ich stellte meine Untersuchung darauf ein, sie vertiefte aber absolut negativ. Es ist möglich, daß das Fernleiden quasi auf Vergiftungen psychischer Natur zurückzuführen sei. Uebrigens sind alle meine Anordnungen im Hause Angerstein auf das gewissenhafteste ausgeführt worden.“ Auf weitere Fragen der Verteidigung erklärte der Zeuge, daß er von dem schlechten Eheleben bei Angersteins so überzeugt gewesen sei, daß er nach Bekanntwerden der furchtbaren Tat den Staatsanwalt angerufen habe, er möge doch seine Untersuchungen auch auf Angerstein selbst ausdehnen, dessen Eheleben scheint doch etwas anders gewesen zu sein, als es allgemein dargestellt wurde. Damals, so betonte er, sei aber von der Täterschaft Angersteins noch nicht im geringsten die Rede gewesen. Als ihm nun später das Verbrechen selbst geschildert wurde, habe er sich gesagt, diese Tat könne nur ein Geisteskranker, nicht aber ein normaler Mensch begangen haben; und dieser Ansicht sei er auch noch heute. Der Zeuge betonte jedoch ausdrücklich, daß er in dieser Frage nicht kompetent, daß er kein Psychiater sei. Auf Befragen des Vorsitzenden bestätigte der Sachverständige weiter, daß er den Angeklagten niemals anders als ruhig und beherrscht kennen gelernt habe. Professor Spieß (Frankfurt a. M.) bestätigte die bereits gestern erfolgten Angaben des Professor Pfeiffer über die Tuberkuloseerscheinungen bei beiden Eheleuten. Von irgendwelchen Störungen im Gesundheitszustand Angersteins, infolge von Goldeinspritzungen und Röntgenuntersuchungen, war dem Sachverständigen nichts bekannt. Die Vernehmung einer ganzen Reihe von Ärzten über die Erkrankung der Frau Angersteins in früheren Jahren ergab kaum etwas Neues. — Zum Schluß äußerte sich der Angeklagte noch auf Wunsch der Verteidigung über das Schlafbedürfnis während der Untersuchungshaft. „Früher konnte ich sehr wenig schlafen“, so erklärte er, „jetzt kann ich den ganzen Tag schlafen. Ich gehe um 6 Uhr abends im Gefängnis zu Bett und schlafe ruhig bis zum Morgen.“

Nach der Mittagspause erstatteten dann

die psychiatrischen Sachverständigen

ihr Gutachten, und zwar zunächst Medizinalrat Dr. Tonbaum (Limburg). Der Sachverständige ging zunächst auf das Vorleben des Angeklagten ein und auf die tuberkulösen Erkrankungen in der Familie des Hüttenarbeiters Angerstein. Bis auf den Fall der Großmutter mütterlicherseits, der noch ungeklärt sei, lasse sich nichts von einer erblichen Belastung in geistiger Beziehung bei dem Angeklagten feststellen. Dagegen müsse unbedingt eine

körperliche Belastung mit Tuberkulose angenommen werden. Daß irgendwelche abnormen Zustände in seinem Leben vorhanden gewesen waren, sei nicht erwiesen, ebenso sei kein Beweis für die Behauptung erbracht, daß er an Zornesausbrüchen leide; das Gegenteil scheint hier der Fall zu sein. Wenn Angerstein seine weitere Bluttat mit Blutrausch und Dämmerzustand begründet, so sei zunächst zu berücksichtigen, daß es sich bei dem Jähzorn um Kleinigkeiten handelte, die keinen Grund für einen Mord abgeben. Das Vorliegen von Blutrausch oder Dämmerzustand sei ebenfalls zu verneinen, weil ja auch erwiesen sei, daß Angerstein andere Personen an jenem Tage aus seinem Hause fortgeschickt habe, ohne sie niederzuschlagen, und zwar diejenigen, die ihm nicht gefährlich werden konnten, daß er ferner ganz überlegt, innerhalb der Zellen, in denen er diese Zustände gehabt haben will, gehandelt habe. Ich habe, so endete der Sachverständige, Angerstein als einen guten, beschäftigten Mann kennengelernt, der sich durch eine klare Unterscheidungsgabe auszeichnete, und nichts aufwies, woraus man auf irgendeine geistige Unmachtung schließen könnte. Ich gebe mein Gutachten dahin ab, daß ich bei ihm keine Bewußtlosigkeit während der Tat habe feststellen können.

Als nächster Sachverständiger wurde Prof. Dr. Jahrmärcker (Marburg) vernommen, der sich zunächst über das Wesen seiner Gutachterfähigkeit in einer längeren Erklärung äußerte und dabei seine psychiatrischen Aufgaben scharf umriss. Nach seiner Auffassung habe er nur die Zustände der Bewußtlosigkeit zu begutachten, die auf krankhaften Störungen der Geistesfähigkeit beruhten. Die Beobachtung, so fuhr er fort, hat keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß bei Angerstein eine krankhafte Störung der Geistesfähigkeit vorliegt. Es liegt nichts vor, was die Annahme einer Geisteskrankheit rechtfertigt. Daß er in gewisser Hinsicht schwachsinig sei, merke man an Unterhaltungen mit ihm. Das Vorliegen von Paralyse sei unbedingt zu verneinen. Weiter erklärte Professor Dr. Jahrmärcker, daß auch eine Gefühlslosigkeit bei Angerstein im Sinne einer krankhaften Störung nicht vorliege, ebenso wenig Sadismus, der an sich überhaupt keine Geisteskrankheit sei. Daß von einer pathologischen Grausamkeit bei Angerstein nicht gesprochen werden könne, gehe schon daraus hervor, daß der Angeklagte nach seiner eigenen Angabe früher nicht einmal Hühner oder Kaninchen habe schlachten können. Geisteskrankheit sei also bei ihm nicht festzustellen und das Ergebnis der Hauptverhandlung habe die Richtigkeit dieser Beobachtung der Sachverständigen bestätigt. Die Frage einer erblichen Belastung sei zu verneinen, ebenso die des Verfolgungswahns, der auch keine Geisteskrankheit darstelle. Die Frage sei, wie sich die Tat abgespielt habe, wie sie psychologisch zu beurteilen sei. Zwei Erklärungen seien vorhanden: Wenn man die Schilderung des Angeklagten, daß er im Affekt gehandelt habe, glaube, so sei zu berücksichtigen, daß Affekthandlungen keinesfalls die Verantwortlichkeit ausschließen. Hinsichtlich der zweiten Möglichkeit müsse man die gesamte Konstellation für den Angeklagten berücksichtigen, die Untersuchungen, sein körperliches Leiden, sein nicht unerheblicher Ehrgeiz, die Krankheit seiner Frau, die schwer psychopathisch war und deren Nervenleiden nicht ohne Einfluß auf das Seelenleben des Angeklagten bleiben konnte. Sein ganzes Verhalten nach der Tat entspreche einem überlegten Plan.

Die Frage, ob er schon am Sonnabend vorher den Entschluß zur Tat gefaßt hat, müsse vom Gericht entschieden werden. Nach weiteren Darlegungen schloß der Sachverständige: Ich kann vom ärztlichen Standpunkt aus nicht sagen, daß der Angeklagte sich zu der Zeit, in der er die Taten begangen haben will, in einem Zustande krankhafter Störung der Willensbestimmung befand. Der dritte Sach-

verständige, Professor Dr. Kops (Frankfurt a. M.) stellte fest, daß bei Angerstein weder eine organische, noch eine Geisteskrankheit vorliege. Für die Bejahung der Frage, ob eine vorübergehende Geistesstörung vorhanden gewesen sei, fehle es an den notwendigen Gründen. Von dem Täter seien noch durchaus geordnete Handlungen vorgenommen worden, auch die Art, wie die seines Geisteszustandes spreche gegen das Vorliegen eines Dämmerzustandes. Angerstein sei auch kein Psychopath, wohl aber sei bei ihm eine gewisse Zornesmäßigkeit vorhanden. Eine krankhafte Geistesstörung, die die freie Willensbestimmung nach § 51 ausschließe, so schloß der Sachverständige, hat zur Zeit der Begehung der Straftaten nicht vorgelegen, wohl aber wurde der Beginn der Tat eingeleitet durch einen lebhaften Affektausbruch, der für die weiteren Handlungen als nicht mehr vorliegend erachtet werden kann. Angerstein erklärte hierzu, daß er ausdrücklich davon Abstand genommen habe, seinen blutbesteckten Anzug zu wechseln. Alles, was er behauptet habe, hätte sich später als richtig herausgestellt. Vorl.: Haben Sie sonst noch etwas zu bemerken?

Angel.: Wenn ich nun ein offenes Geständnis ablegen und nachweisen würde, daß ich gar keine Unterschlagungen begangen habe?

Vorl.: Ich frage, ob Sie zu den Ausführungen der Sachverständigen etwas zu sagen haben? Angel.: Nein.

Den Reigen der Sachverständigen schloß Professor Herberg von der Universität Bern, der es als seine Aufgabe bezeichnete, über die Art der Willensbestimmung des Angeklagten Auskunft zu geben, sowie darüber, ob bei Begehung der Tat bewußte Einsicht und Fähigkeit des Täters vorhanden war, bewußt seinen Willen zu bestimmen. Die Psychologie, so führte er aus, wäre eine Hilfswissenschaft für eine Reihe anderer wissenschaftlicher Gebiete, insbesondere für die Psychiatrie. Komwendig sei es bei der Beurteilung des Angeklagten, nicht an dem Oberflächenbewußtsein haften zu bleiben, sondern in das Unterbewußtsein, in das Unbewußte, hinabzusteigen. Er schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der Plan zu dieser verhängnisvollen Tat schon lange in den tiefsten Tiefen Angersteins geschlummert und langsam empor gedrungen sei, bis zu dem gegebenen Augenblick, in dem er mit großartiger Folgerichtigkeit ausgeführt worden sei. Bei der Frage, ob in diesem Falle § 51 anzuwenden sei, müsse vor allen Dingen der Unterschied zwischen Ausfühungsplan und Unterstützungsplan berücksichtigt werden. — Die psychiatrischen Sachverständigen erklärten, daß die Ausführungen des Professor Herberg sie in ihrer Auffassung nicht beeinflussen könnten, und es gab einige minutenlange Erklärungen und Gegenerklärungen mit kurzen wissenschaftlichen Darlegungen. Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Da die Verteidiger sich außerstande erklärten, ohne Pause bereits am heutigen Sonnabend plädieren zu können, vertagte das Gericht nach kurzer Beratung die Verhandlung auf Montag früh 9½ Uhr.

Wetter für Berlin und Umgegend. Kufelbernd und wieder etwas wärmer. — Für Deutschland. Im Westen ziemlich heiter, im Osten zunächst noch Regen, später auch dort langsame Aufhellung.

Komet Freilauf
ES GIBT KEINEN BESSEREN!
Spezial im Betrieb - Keine teuren Reparaturen

Saison Ausverkauf

Unsere Preise sind in vielen Abteilungen teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt.

Damenstrümpfe Damenstrümpfe schwarz, lg. Ferse u. Spitze verstärkt, Fuß ohne Naht 0.38 Damenstrümpfe Seidengriff, farb., Doppels. Doppels. 0.75 Damenstrümpfe Seldontor, farb., weiß, schw., m. Doppels. u. Hochd. 0.95 Damenstrümpfe prima Seldontor, mit Doppels., schwarz o. farb. 1.75	Herrensocken Herren-Socken farbige 0.18 Herren-Socken meliert, kräftige Qualität 0.38 Herren-Socken farbige und schwarz, gute Qualität mit Karomuster 0.95 Herren-Socken prima Seldontor, Doppels., Hochd. 1.25 Sport-Stutzen farbige, gemusterte Band 1.95	Straßenkleid aus gemustertem Voile, fesche Form 4.95 Musselin-Imitat hübsche Kleidermuster . Meter 78 P. Krepp weik. doppeltbreit Meter 95 P. Cheviot doppeltbreit Meter 1.10 Voll-Voile weik. doppeltbreit Meter 1.45 Woll-Batist in vielen Farben Meter 2.45 Hemdentuch kräftige Qualität Meter 65 P. Renforcé für Leibwäsche Meter 75 P. Louisiana Kissensbreite Meter 95 P. Louisiana Deckbettbreite Meter 1.65 ca. 50.000 Kissenedien (Maschinenklöppel) Setik 10, 15, 20 P.	Wirkwaren Unterhemdchen für Damen, weiß patentgerippt, extra lang 0.85 Hemdhosen für Damen, weiß patent gerippt 1.55 Hemdhosen f. Damen, weiß m. Hitzelkinnast und Übersschlag 1.95 Sportwesten mo. für Damen und Herren, farb. Bordüre, 2 Taschen 3.75	2.000 elegante Damen-Kleider Crêpe - Marocain oder Washkrepp, neueste Fassons, entzückend, Muster Einheitspreis 5.95
Herrenartikel Oberhemden weiß, ungewaschen, mit Plüsch-Falten-Brust und Umschlagmanschetten . . . 4.90 Taghemden aus kräftigem Hemdentuch 3.90 Stehmielegekragen gute Qual., mod. Formen 0.95 Selbstbinder breites Karo- oder Streifenmuster 0.85 Berufskleidung Malerkittel Rohwessel, gute Qualität 4.25 Mechanikerkittel aus festem, grauen Nova 5.25 Wasch-Joppen in verschiedenen Farben 4.95	Schuhwaren Schnürschuhe weiß Leinwandstoff, mit französischem Absatz 3.90 Damensiefel Rindbox od. R. Chevrreas 6.90 Pantoffel mit Linoleum-Sohle, 36-42 0.95 Hausschuhe Driestoff 1.35 Turnschuhe Ledersohle, Gr. 31-35 2.50 Reiseschuhe Leder, mit Ledersohle 3.95	Bettwäsche Deckbettbezug weiß 4.95 Kissen dazu passend 1.55 Laken ohne Naht 3.25 Weisswaren Stickereipassen schöne Muster 0.48 Barmer-Bogen 10 Meter Setik 0.68 Baumwoll-Tüll ca. 100 cm breit, gute Qualität Meter 0.75	Handarbeiten vorgezeichnet, auf schwarzem Stoff, Schablonen-Sticker Kissenbezüge 1.45 Kaffeewärmer 1.35 Mittendecke 85x85 2.45 Gardinen Scheibengardinen Meter 0.39 Schalgardinen volle Breite Meter 0.85 Halbstoren Senfg. Tüll 2.95 Bettdecken Examin mit Volant 4.95 Schlafdecken Woll-imit., ca. 185x185 cm 3.95	

JANDORE

Belle-Alliance-Str. ☆ Gr. Frankfurter Str. ☆ Brunnenstr. ☆ Kottbusser Damm ☆ Wilmersdorfer Str.

Die Aufwertungsdemagogen am Pranger.

Abrechnung vor dem Reichstagsplenium.

Präsident Loh schlägt dem Hause vor, die Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausübung des Rechts zum Tragen einer Militäruniform, die an erster Stelle auf der Tagesordnung steht, an den Schluß der Tagesordnung zu setzen, um in der Beratung der Aufwertungsfrage keine Verzögerung eintreten zu lassen.

Abg. v. Graefe (Völk.) erhebt hiergegen Einspruch. Gegen die Stimmen der Völkischen wird dieser Einspruch zurückgewiesen.

Nachdem noch der Entwurf eines vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion an den Auswärtigen und Handelspolitischen Ausschuss überwiesen worden ist, tritt das Haus in die 2. Beratung des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen ein.

Abg. Keil (Soz.):

Von beiden Gesetzen, die der Lösung der Aufwertungsfrage dienen sollen, steht nur das eine auf der Tagesordnung, das sich mit der Aufwertung der privatrechtlichen Ansprüche befaßt. Das zweite Gesetz, das die öffentlich-rechtlichen Ansprüche regeln soll, wird noch besonders zu behandeln sein. Bei dem engen Zusammenhang der beiden Materien ist es nicht zu vermeiden, daß man in der Debatte auch jetzt schon auf das zweite Gesetz übergreift. In der Hauptsache beruht das Gesetz auf einem Kompromiß der Regierungsparteien untereinander. Im Laufe der Verhandlungen des Ausschusses hat es mehrfache Änderungen erfahren, die zum Teil Verbesserungen, zum Teil Verschlechterungen bringen. Soweit Verbesserungen im Ausschuss erzielt wurden, darf ich ohne Ueberhebung sagen, daß das der Arbeit meiner Partei in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Best zum großen Teil zu verdanken ist. Ohne unseren ständigen Kampf für die Interessen der verarmten Gläubiger wären auch diese beschriebenen Verbesserungen nicht erreicht worden. In den Verschlechterungen tragen die Regierungsparteien die Schuld, wir lehnen jede Verantwortung dafür ab. Vergleichen wir die Vorlage des Ausschusses mit den Erwartungen der Gläubiger, so ergibt sich ihre vollständige Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratische Partei hat nie einen Zweifel daran gefaßt, daß sich die gewollte Verschiebung der Vermögensverhältnisse durch Krieg und Inflation niemals wieder reiflos umgekehren lassen kann. Aber sehr viel Elend, Not undummer läßt sich noch mildern.

Das ist auf verschiedenen Wegen möglich. Einmal durch eine soziale Lösung. Von meiner Partei ist dieses Problem frühzeitig in die Debatte geworfen worden, wir haben Vorschläge dieser Richtung wiederholt zur Diskussion gestellt. Sie haben keinen Anklang gefunden, man ist den Weg der rechtlichen Lösung gegangen. Damit werden in vielen Fällen nur geringe Bruchteile, in anderen Fällen überhaupt nichts von den früheren Rechten der Gläubiger wieder hergestellt. Nicht einmal in den Fällen, wo das möglich gewesen wäre, ist etwas geschehen. Nicht wenige frühere wohlhabende Frauen und Männer, die für den Abend ihres Lebens gespart hatten, müssen im Elend verharren. Wir haben die Schwierigkeiten des Aufwertungsproblems nicht gelöst. Aber ich bin doch überzeugt, daß eine bessere und gerechtere Lösung möglich gewesen wäre ohne Gefahr für die Wirtschaft, die auch technisch leicht durchführbar gewesen wäre. Nur ein Teil der Gläubiger und Sparer hat unerfüllbare Forderungen gestellt. Ein anderer, nicht kleiner Teil der Gläubiger und Sparer waren sich der Grenzen des Möglichen wohl bewußt. Aber dieser Teil, der nach den Wahlversprechungen noch Hoffnungen hegte, ist jetzt enttäuscht worden. Ich glaube, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, den Herr Hergt in einer Zeitung gegen die Gläubiger erhoben hat, daß sie nicht denselben Frontwechsel mit den Deutschnationalen vollzogen haben.

Nicht alle deutschnationalen Wähler haben dieselbe Wandlungsfähigkeit wie ihre Führer.

Eine andere wichtige Beobachtung ist noch zu machen von der man nicht weiß, wie weit sie den Rechtsparteien, besonders den Deutschnationalen selbst zum Bewußtsein gekommen ist. Die Gläubiger und Sparer befanden sich früher zum großen Teil in guten Vermögensverhältnissen, sie übten auf die Rechtsparteien einen gewissen Einfluß aus, sie gehörten zur sogenannten guten Gesellschaft. Heute sind sie von ihren Freunden verlassen, es zeigt sich an ihnen, daß das Wort Heines richtig ist: Wenn du aber gar nichts hast, oh, so lasse dich begraben, denn ein Recht zu haben, Lump, haben nur, die etwas haben. Die Deutschnationale Partei sucht neuerdings in Flugblättern ihr schwererschüttertes Ansehen bei ihren Wählern dadurch wieder zu retten, daß sie behauptet, sie habe nichts versprochen, was sie nicht gehalten habe (Wachen links). Hier ist ein solches Flugblatt, unterzeichnet „Deutschnationale Schriftenerziehungsstelle, Berlin SW., Dessauer Str.“ Darin wird aufgezählt, was alles erreicht worden ist und daß von einem gebrochenen Wahlversprechen der Deutschnationalen keine Rede sein könne. Der Redner zeigt ein anderes Flugblatt mit derselben Unterschrift. Es ist überschrieben: „Sparer, Rentner, Hypothekengläubiger“ und wurde vor der Wahl am 7. September von den Deutschnationalen verbreitet. Es heißt darin, daß niemals so großes Unrecht wie den Gläubigern geschehen sei, es sei an ihnen ein Raub verübt worden und zwar von den Sozialdemokraten, von Volkspartei und Zentrum (Wachen links). Zu den Räubern zählen also auch Zentrum und die Volkspartei, die heutigen Koalitionsländer der Deutschnationalen. (Heiterkeit.) Es wird diesen Parteien zum Vorwurf gemacht, daß sie an der 3. Steuernotverordnung schuld seien, die bis heute aufrecht erhalten worden sei. Das Flugblatt tritt ein für Aufhebung der 3. Steuernotverordnung. Wir wissen, welchen Widerstand gerade die Deutschnationalen dieser Aufhebung entgegengekehrt haben. Das Flugblatt tritt ein für die Wiederherstellung des Rechts der

Gläubiger und Sparer unter voller Berücksichtigung des Bestehens des Gesetzentwurfs, allerdings wird hier hinzugefügt, soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten (Hört, hört!) Weiter wird die Wiederaufnahme des Zinsendienstes versprochen und zum Schluß heißt es: „Die Deutschnationalen machen sich also Cure gerechten Forderungen zu eigen.“ (Hört, hört!) Ich will dann an die Erklärungen erinnern, die zahlreiche deutschnationale Abgeordnete vor der Wahl öffentlich unterschrieben und worin sie sich zur Durchführung des Antrags Best verpflichtet haben. (Hört, hört!) In einer Erklärung an die Wähler des Wahlkreises Westfalen-Nord vom 2. Dezember 1924 heißt es, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion Dr. Best, wenn er als deutschnationaler Abgeordneter im Reichstage sitze, in jeder Hinsicht unterstützen würden.

Unterschrieben ist diese Erklärung u. a. von Dr. Hagenberg und Graf Merowald. (Lebhafte Hört, hört!)

In einer weiteren Erklärung vom Oktober 1924, die vom deutschnationalen Parteivorstand unterzeichnet ist, wird gesagt, daß ein fester Rechtsanspruch auf eine angemessene Verzinsung der öffentlichen Anleihe geschaffen werden soll. In einer Rede hat Herr Hergt gesagt, als früherer Finanzminister habe er für die Anleihen die letzten 10 M. herausholen lassen, er mache sich jetzt stark dafür, daß sie bis auf den letzten Pfennig wieder zurückerhalten werden. (Stürmische Heiterkeit.) Wenige Tage vor der Wahl im Dezember 1924 hat der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion Graf Westarp an einen Vertreter der Aufwertungs-Bewegung Köhler ein Schreiben gerichtet, worin er betont, daß er sich fast in jeder seiner Wahlreden im Sinne der Forderungen der Gläubiger ausgesprochen habe und er wisse darauf hin, daß Herr Best an sichere Stelle gekommen sei, die Deutschnationalen würden in gemeinsamer Arbeit mit ihm Recht und Gerechtigkeit wiederherstellen. (Stürmische Heiterkeit.)

Herr Dr. Best hat ja dann recht eigenartige Erfahrungen gemacht. Die eigene Fraktion hat ihm den Stahl vor die Tür gelegt, und wenn nicht die sozialdemokratische Fraktion ihm die Möglichkeit verschafft hätte, im Ausschuss mitzuarbeiten, dann wäre derselbe Abgeordnete, mit dem die deutschnationalen Führer Wahlgeschäfte gemacht hatten, den sie in jeder Weise unterstützen wollten, von aller praktischen Mitarbeit ausgeschlossen gewesen. (Hört, hört!) Herr Hergt hat in einer Versammlung ausgesprochen, daß selbst die Sozialdemokraten nicht für den Bestischen Entwurf gestimmt hätten. Dazu will ich bemerken, daß eine Abstimmung gegen unseren Wunsch nicht herbeigeführt worden ist. Aber hat Herr Hergt ein Recht dazu, sich gegen uns zu wenden? Nicht ein Sozialdemokrat hat sich uneingeschränkt auf den Boden des Bestischen Entwurfs gestellt, wohl aber die deutschnationalen Parteiführer vor der Wahl. Nicht die Haltung der Sozialdemokratie hat sich also geändert, sondern die Haltung der Deutschnationalen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun verhängen Sie sich hinter den Vorbehalt, daß Sie den Bestischen Entwurf verwirklichen wollten, soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse es gestatten. Die Frage ist: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse wirklich so, daß nicht mehr geschaffen werden konnte als es im Ausschuss geschehen ist?

Fragen Sie doch Herrn Steiniger, ob es unmöglich gewesen wäre, die Wünsche der Gläubiger mehr zu berücksichtigen. Wenn er mit dem Kompromiß einverstanden gewesen wäre, dann hätte er nicht fluchtartig den Ausschuss verlassen als es beschlossen wurde. Er hätte auch nicht sagen können: „Es muß noch im Reichstag Männer geben, die ihr Wort halten.“

Fragen Sie doch weiter Ihren Parteigenossen und früheren Fraktionskollegen Grafen v. d. O. v. d. O., dem Sie jetzt zu seinem 80. Geburtstag so reichlichen Lorbeer spendet haben. Poladomsky hat sich in den letzten Wochen mehrfach mit der Aufwertungsfrage befaßt, und es ist bezeichnend, daß seine Aufsätze darüber in einer Korrespondenz, die sonst von der deutschnationalen Presse stark benutzt wird, dort nicht abgedruckt wurden. Er bezeichnet es als politisch unmöglich, daß die Deutschnationalen für das Aufwertungskompromiß stimmen könnten, da das im schärfsten Gegensatz zu ihren Versprechungen und Forderungen stehen würde. (Hört, hört! bei den Soz.) In einem anderen Aufsatz bezeichnet er die jetzige Aufwertungs-gesetzgebung als ein dunkles Blatt, dessen politische und sittliche Folgen nicht ausbleiben könnten und die sich jetzt schon im öffentlichen und geschäftlichen Leben zeigen.

Nun behaupten die Deutschnationalen, die Sozialdemokratie habe ihre Auffassung geändert, seitdem sie in Opposition steht. Wie ist es damit? Wir fanden schon in Opposition als die 3. Steuernotverordnung erlassen. Wir haben die Verordnung nie gebilligt, aber wir hatten Verständnis für die Umschlüsse der Regierung in jener Situation, die anders war als die heutige. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben jedoch mit der zunehmenden Stabilisierung gefragt, wo die Grenzen für eine Aufwertung zu finden seien. In dem Maße, wie die Verhältnisse sich besserten, haben wir auch unsere Forderungen erhöhen können, sie aber haben es umgekehrt gemacht. Sie haben Ihre Forderungen verkleinert, je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse besserten. Wir haben uns entwickelt, das ist richtig, aber nach vornwärts, während Sie sich nach rückwärts entwickelt haben. Nun berufen Sie sich auf eine Rede, die der Abgeordnete Hilferding im Mai 1923 im Reichswirtschaftsrat gehalten hat. Nennen Sie mir einen Führer Ihrer Partei, der in der damaligen Zeit der Nachhut der Inflation die Möglichkeit einer Aufwertung bejaht hätte? Erst viel später ist die Möglichkeit einer Aufwertung zur Sprache gekommen und zwar im Oktober durch den Abgeordneten Dühringer. Nicht ein einziger aus Ihrem Kreise hat damals Herrn Dühringer unterstützt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Recht können Sie gegen Hilferding auftreten, wenn Ihre eigenen Parteigenossen damals mit ihm einmütig und bis auf den letzten Mann jede Aufwertung abgelehnt haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt überhaupt nicht darauf an, was im Jahre 1923 zur Zeit der Inflation gesagt worden ist, sondern darauf, was 1925 getan wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zwei Parteien stehen sich in der Aufwertungsfrage gegenüber.

Die Partei der Schuldner, die sich bereichert haben, und die Partei der Gläubiger, die verarmt sind. Für uns ist es gar keine Frage, daß wir uns nur auf die Seite der letzteren stellen können. Während aber die Deutschnationalen nicht das geben, was sie versprochen haben, wollen wir ihnen geben, was wir nicht versprochen haben.

Das Kompromiß, das die Regierungsparteien beschlossen haben, hat wenig Verständnis für die Interessen der Gläubiger, um so mehr aber für die Interessen der Inflationsgewinnler.

Fast auf jeder Seite der Vorlage tritt die Sorge dafür zu Tage, daß die Schuldner, die sich bereichert hatten, nicht geschädigt werden. Die Gläubiger, die ihr gutes Geld für die Anleihen gegeben haben, sollen jetzt mit Brojamen abgepöbelt werden, dagegen müssen Sie viel besser die Ansprüche der Spekulantien, die mit emporstiegem Papier sich in den Besitz von Anleihen gesetzt haben, anerkennen. Diese Spekulantien haben darauf gehofft, daß einmal eine deutschnationale Regierung kommen würde, die ihre Forderungen anerkennen würde. Sie sind nicht enttäuscht worden, diese Regierung ist da. Interessant ist es, daß jetzt dieselben Kreise, die draußen im Lande behaupten, sie wollten der Börse Fesseln anlegen, jetzt vor der Börse zurückweichen, die neulich einen Tag lang gestreift hat, als wir den Neubesitzern von Anleihen die Hälfte gefristen hatten.

Ich erlaube die Regierung um Auskunft darüber, in welchen Händen der Neubesitz ist und welche Bewertung er bei der Aufstellung der Goldbilanz gefunden hat. Ich frage die Regierung weiter, was sie zu tun gedenkt, um den Mißbrauch des Vorderlandes der Berliner Börse mit ihren Befugnissen zu unterbinden.

Ein staatlich konzessioniertes Institut ist nicht dazu da, um mit solchen Mitteln eine PreSSION auf die Körperlichkeiten auszuüben, die pflichtgemäß ihre gesetzgeberischen Arbeiten zu erledigen hat. Wir haben nunmehr einige Verbesserungsanträge eingeleitet und erwarten deren Annahme. Wir verlangen dazu die Erlassung der Inflationsgewinne, ohne die unsere Aufgabe nicht völlig gelöst werden kann. Während die Regierung und die Rechtsparteien den Großgrundbesitzern und den Großindustriellen durch Zölle größere Profite zuführen, erhalten die Gläubiger eine Verschlechterung ihrer Lage durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise infolge der Zölle. Auch die Gläubiger, die ihre Hoffnungen auf Hindenburg gesetzt haben, der als alter Soldat sich die Freiheit seiner Handlung bewahren wollte, sollen jetzt enttäuscht werden.

Wenn der Reichstag dem Kompromiß zugestimmt hat, dann wird auch Hindenburg seine Unterschrift geben und damit wird das Vertrauen, das so manche auf den „Ketter“ gesetzt haben, zerstört sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir Sozialdemokraten werden aber trotzdem alles tun, um unseren seit Jahrzehnten geführten Kampf fortzusetzen für die verarmten Entbehrten. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß des Berichtes im Hauptblatt.)

Aus der Partei.

Studium der Minoritätenfrage.

Die von der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingesetzte Kommission zum Studium der Frage der nationalen Minoritäten trat anlässlich der Bureau-Sitzung der S.A.I. am 4. Juli in London zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Kommission besteht aus den Genossen De Brouckere (Belgien), C. A. Burton (England), Bauer (Österreich) und Abramowitzky (Rußland). Letzterer war bei der konstituierenden Sitzung durch Dan (Rußland) vertreten.

Die Kommission wählte zu ihrem Vorsitzenden De Brouckere (Belgien), zum provisorischen Schriftführer Burton (England). Sie erörterte ihren Arbeitsplan, bestimmte die Reihenfolge der zunächst in Angriff zu nehmenden Probleme und verteilte die Referate unter ihre Mitglieder.

Es wurde beschlossen, daß die Kommission während des Internationalen Kongresses in Marseille ihre nächste Sitzung abhalten wird.

Arbeiter-sport.

Arbeiter-Olympiade Frankfurt am Main. Für die Teilnehmer, die ausschließlich an der Olympiade anwesend waren (Alten, Frauen, Sonstiges Publikum) unternehmen, abends 7 Uhr, die Arbeiter von Frankfurt am Main, die Teilnehmer, von 10 bis 11 Uhr, die Arbeiter von Frankfurt a. M. eine Arbeiter-Olympiade. Die Teilnehmer sind: Arbeiter von 30 Personen in Frage kommen. Daselbst sind auch für die Mitglieder von Oberhess. Turnverein über 1000 in Berlin in der Zeit vom 6. bis 8. August. Persönliche Meldungen um 2 Uhr. Arbeiter. Parteiliste. Berlin D. 12. September. 18. u. 1. 2.

Arbeiter-Olympiade. Der Arbeiter-Sportverein Alsterhof beachtet am Sonnabend, den 3. August, anlässlich seines Stiftungsfestes seinen Mitgliedern Straßenlauf um 6 1/2 Uhr abends. Die Strecke beträgt 200 Meter und wird 10 Mal zu erledigen. Am 10. August, an dem die Arbeiter von Frankfurt a. M. eine Arbeiter-Olympiade abhalten, wird ebenfalls ein Wettbewerb abgehalten. Die Teilnehmer sind: Arbeiter von 30 Personen in Frage kommen. Daselbst sind auch für die Mitglieder von Oberhess. Turnverein über 1000 in Berlin in der Zeit vom 6. bis 8. August. Persönliche Meldungen um 2 Uhr. Arbeiter. Parteiliste. Berlin D. 12. September. 18. u. 1. 2.

Arbeiter-Olympiade. Der Arbeiter-Sportverein Alsterhof beachtet am Sonnabend, den 3. August, anlässlich seines Stiftungsfestes seinen Mitgliedern Straßenlauf um 6 1/2 Uhr abends. Die Strecke beträgt 200 Meter und wird 10 Mal zu erledigen. Am 10. August, an dem die Arbeiter von Frankfurt a. M. eine Arbeiter-Olympiade abhalten, wird ebenfalls ein Wettbewerb abgehalten. Die Teilnehmer sind: Arbeiter von 30 Personen in Frage kommen. Daselbst sind auch für die Mitglieder von Oberhess. Turnverein über 1000 in Berlin in der Zeit vom 6. bis 8. August. Persönliche Meldungen um 2 Uhr. Arbeiter. Parteiliste. Berlin D. 12. September. 18. u. 1. 2.



TRAGT BRAUNE SALAMANDER

Wirtschaft

Die günstige Lage der Landwirtschaft.

Um die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft richtig beurteilen zu können, gibt es keinen besseren und ausschlüsslicheren Anhaltspunkt als den Preisvergleich zwischen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Produkten. Die Schwierigkeit bei solchen Preisgegenüberstellungen liegt jedoch darin, daß sie sich meistens nur auf mehr oder weniger willkürlich herausgegriffene Produktionsmittel und Produkte stützen können. Eine der am häufigsten angewandten Gegenüberstellungen ist die von Getreide und Kunstdünger. So wichtig die beiden Waren auch sind, so ist das Bild, das eine solche Gegenüberstellung erweckt, naturgemäß immer ein einseitiges; einer erheblich gestiegenen Kaufkraft des Getreides für Kunstdünger kann eine sehr verminderte Kaufkraft eines anderen landwirtschaftlichen Produktes, zum Beispiel Vieh, gegenüberstehen, und ebenso können andere Produktionsmittel, zum Beispiel Maschinen, erheblich stärker im Preise gestiegen sein als gerade der Kunstdünger.

Diese Unsicherheit in der Preisvergleichung war von den Landwirten weidlich ausgeschlachtet worden; in dem sicheren Gefühl, daß man ihre Behauptungen nicht widerlegen könne, behaupteten sie, daß die bekannte „Preischere“, also das Verhältnis der von der Industrie gefertigten landwirtschaftlichen Produktionsmittel (Kunstdünger, Geräte usw.) zu den vom Landwirt erzeugten Produkten (Getreide, Kartoffeln usw.), zu ihren Ungunsten geöffnet sei, d. h., daß die Produktionsmittel gegenüber der Vorkriegszeit teurer seien als die mit ihrer Hilfe gewonnenen Produkte. Diesen Behauptungen wird jetzt ein jähes Ende bereitet durch eine Berechnung, die einer der Sachverständigen vor dem Reichswirtschaftsrat, Dr. Frig. Baade, auf Grund von Angaben durchgeführt hat, die von landwirtschaftlicher Seite stammen, von der Landwirtschaft also keinesfalls angefochten und bezweifelt werden können. Aus einer Zusammenstellung der Ausgaben, die ein Landwirt im Durchschnitt für den Hektar im Jahre 1924 aufwendete (veröffentlicht in der Landbundzeitung der Provinz Sachsen), und den Preisveränderungen der einzelnen Posten, die ihm das Statistische Reichsamt zur Verfügung stellte, konnte Dr. Baade nachweisen, daß die industriellen Produktionsmittel sich für den Landwirt im gewogenen Durchschnitt nur um rund 12 Proz. höher stellen als vor dem Kriege. Die Berechnung, bringen wir am Schluß des Artikels.

Demgegenüber haben sich nach einer vom Statistischen Reichsamt berechneten Indexzahl die Agrarerzeugnisse zur gleichen Zeit (Mai 1925) um 30 Proz. gehoben, so daß die Preischere, wie eine leichte Rechnung ergibt, mit 16 Proz. zugunsten der Landwirtschaft geöffnet ist.

Nun fällt an den vom Landbund mitgeteilten Zahlen eines außer hohe Stickstoffverbrauch. Würde man diesen für die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche im Deutschen Reich zugrunde legen, so läme man auf einen Gesamtbetrag, der viermal höher wäre als der tatsächliche Stickstoffverbrauch. Daraus folgt, daß die deutsche Landwirtschaft im Durchschnitt noch lange nicht den Intensitätsgrad erreicht hat, der nach dem Beispiel der Provinz Sachsen durchaus möglich wäre. Da nun die Landwirtschaft ständig behauptet, daß die Preisverhältnisse vor dem Kriege für sie durchaus günstige gewesen seien, so schließt Dr. Baade mit Recht, daß das Preisverhältnis jetzt noch viel günstiger für sie läge; ergibt sich doch aus seiner Berechnung,

daß es sich mit 16 Proz. zugunsten der Landwirtschaft verschoben habe. Die gegenwärtige Preislage, meint Baade, biete sämtliche Voraussetzungen zur allgemeinen Intensitätssteigerung. Was einer solchen Steigerung gegenwärtig im Wege stehe, sei lediglich die ungenügende Ausbildung bei der überwiegenden Mehrheit der Landwirte. Nicht die Preise müßten eine künstliche Korrektur durch Zölle erfahren, nicht die Kaufkraft der Landwirte auf Kosten der Verbraucher künstlich gesteigert werden, sondern die Landwirte müßten durch Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und durch eingehende Betriebsberatung dahin gebracht werden, die Intensität auf dasjenige Maß zu heben, das durch den modernen Stand der Technik und die gegenwärtigen Preisverhältnisse ohne weiteres erreichbar sei.

Die landwirtschaftlichen Produktionskosten.

Ausgaben pro Hektar im Jahr 1924	Wert		Index Mai 1925
	1924	1913	
Gegenstand	1924	1913	Index
Düngemittel	57,81	50,24	92,9
Stickstoff	43,25	39,88	89,9
Phosphor	7,74	5,08	110,4
Kali	5,25	4,65	92,7
Kalk	1,07	0,63	140,4
Pharmazeut. Präparate	2,72	1,67	163,1
Seizmittel	0,41	0,24	185,0
Schädlingsvertilgung	0,22	0,16	118,0
Tierheilmittel	2,09	1,27	165,0
Inländische Kraftfuttermittel (außer pflanzlichen)	1,21	0,88	124,3
Inländische Fleisch- u. Fischabfälle	0,75	0,55	120,0
Räbfräse	0,48	0,28	188,0
Brenn- und Leuchtstoffe	13,59	8,85	122,9
Steinöl und Koks	8,71	2,26	122,8
Braunkohle	5,00	5,08	120,3
Torf	0,45	0,42	145,5
Holz	1,48	0,64	180,0
Kraft- und Leuchtstoffe	18,92	9,86	115,3
Elektrizität	7,77	5,44	115,0
Benzin	4,05	3,00	112,6
Flüssige Fette	0,46	0,33	114,0
Flüssige Fette	1,64	1,09	125,0
Reparatur-Material	83,68	20,16	142,4
Maschinen- und Geräteersatzteile	14,82	9,00	187,4
Schmiede- u. Schlossermaterialien	8,81	5,92	124,4
Stellmacher- u. Tischlermaterialien	6,75	3,62	170,2
Sattlermaterial	8,80	1,92	156,0
Gewebstoffe	18,74	8,89	191,3
Zement	10,87	7,21	125,0
Kalk	0,56	0,33	140,4
Ziegel	1,26	0,76	166,0
Dachbedeckungsmaterial	1,05	0,50	155,8
	196,17	100,00	111,73

Hamburg kauft von Skanes. Die nunmehr die Staatliche Pressestelle mitteilt, hat der Hamburger Staat nach längeren Verhandlungen die Aktien der Gesellschaft für Erwerb und Verwertung von Industrie- und Hafengelände zu Neuhof erworben. Die Gesellschaft besitzt ein baureifes Gelände von etwa 500 000 Quadratmeter auf Wilhelmshöhe.

Gute Ernteaussichten.

Ueber den Saatenstand im Deutschen Reich Anfang Juli 1925 wird amtlich gemeldet:

Das bereits im Mai herrschende warme und trockene Wetter hielt überall noch bis Mitte Juni an. Erst dann gingen bei ziemlich starker Abkühlung zunächst in Nord- und Mitteldeutschland, wenige Tage später auch im übrigen Deutschland die lange ersehnten Regen nieder, die aber in verschiedenen Gegenden des Reichs für den ausgedörrten Boden nicht ausreichten.

Die Winterhalbfrüchte haben die Trockenperiode noch verhältnismäßig gut überstanden, obgleich auf leichten Böden — namentlich bei Roggen — etwas Notreife eingetreten ist. Die günstige Beurteilung des vormonatlichen Standes hat sich auch jetzt nicht wesentlich geändert. Im allgemeinen werden die voraussichtlichen Ernteeinträge als befriedigend, teilweise noch besser bezeichnet.

Das Sommergetreide wird durchweg weniger günstig beurteilt. Für die Entwicklung dieser Saaten waren die Niederschläge in der zweiten Junihälfte zu spät gekommen und nicht ausgiebig genug. Infolgedessen sind die Pflanzen im Wachstum zurückgeblieben und teilweise, vor allem Gerste und Hafer, sehr stark mit Unkraut durchsetzt.

Auch die Hackfrüchte haben durch die Trockenheit etwas gelitten. Die inzwischen eingetretenen Regenfälle dürften den Schäden jedoch bald wieder ausheilen. Die bereits im Anfang der Blüte stehenden Kartoffeln zeigen häufiger Lüden. Das Verpflanzen der Rüben war mangels Regen noch nicht beendet. Manche Rübenfelder mühten, weil sie verrotten waren, neu bestellt werden.

Der erste Schnitt der Futterpflanzen und Wiesen ist größtenteils beendet. Die Heuerträge sind bei Klee, Luzerne und den feuchten Wiesen zum Teil recht befriedigend und von guter Beschaffenheit, bei den trockenen Wiesen geringer. Der Nachwuchs läßt überall sehr zu wünschen übrig, da die abgemähten Flächen ausgebrannt sind.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, ergibt sich über den Stand der Saaten im Reichsdurchschnitt folgende Beurteilung: Winterweizen 2,4 (im Vormonat 2,4), Sommerweizen 3,1 (2,7), Winterroggen 2,3 (2,4), Wintergerste 2,5 (2,4), Sommergerste 2,9 (2,6), Hafer 3,2 (2,8), Kartoffeln 2,7 (2,7), Zuckerrüben 2,8 (2,7), Runkelrüben 2,9 (2,7), Klee 2,7 (2,4), Luzerne 2,7 (2,4), Bewässerungswiesen 2,4 (2,2), andere Wiesen 2,9 (2,5).

Die Industrie- und Handelskammer Breslau gegen die Autozölle. Wie gemeldet wird, hat auch die Industrie- und Handelskammer Breslau sich gegen die hohen Autozölle ausgesprochen. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß die in der Novelle vorgesehenen Sätze viel zu hoch gegriffen sind. Da die deutsche Automobilindustrie zurzeit nicht in der Lage ist, auch nur im entferntesten die Nachfrage zu befriedigen, ist daher eine wesentliche Herabsetzung der Zölle erforderlich. Sie habe den Deutschen Industrie- und Handelstag gebeten, bei der Reichsregierung nachdrücklich auf die Herabsetzung der Autozölle hinzuwirken.

Bayerische Gemeindebank (Girozentrale). Die Verbandversammlung des Landesverbandes Bayerischer Sparkassen hatte zum Mittelpunkt der Tagung die Affäre und Umorganisation der Bayerischen Girozentrale. Nachdem die Schuldforderung hinsichtlich der an den Leiter von Siemens-Konzern bewährten Kredite beiseite geschoben worden war, nahm man eine Neuaufassung des Statuts vor, deren wesentlichstes in der Trennung der Verwaltung und der Bankabteilung besteht. Die Firma wird umgeändert in: Bayerische Gemeindebank (Girozentrale) öffentliche Bankanstalt. Das Kapital ist auf 5 Mill. RM. festgelegt.

SAISON AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli

In fast allen Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in den bekannt guten Qualitäten

<p>Herren-Stiefel und Halbschuhe in schwarzem Bind-Box, moderne schöne Form, auch in braunen Halbschuhen mit farb. Knöpfen. Gute Qualität... jetzt Paar 14⁵⁰</p> <p>Ein Posten Damen-Spangenschuhe 12⁵⁰ elegante Ausführung, in Lackleder und braun Box calf, mod. Form, unsortierte Größen, Paar</p> <p>Herren-Lüstersakkos 7⁵⁰ mit Armfutter 12⁵⁰</p> <p>Herren-Socken 75 Pf. prima Seidengriff, mit Doppelschle u. Hochferse</p> <p>Selbstbinder 1⁴⁵ in schönen Mustern</p>	<p>Ein Posten ca. 2000 Vollvoile-Blusen u. -Jumper aussergewöhnlich billig</p> <p>SERIE I 3⁹⁰ Wert bis 9,75 jetzt SERIE II 4⁹⁰ Wert bis 13,50 jetzt</p> <p>Ein Posten Herren- und Burschen- Gummimäntel 14⁵⁰ mit verschiedenen Stoffbezügen, in Schlüsselform oder langer Mantelform mit Rückengurt</p> <p>Herren-Tennishosen 21⁰⁰ aus weissen Charviotstoffen</p> <p>Herren-Seglerhosen 7⁵⁰ aus weissen Köper</p>	<p>Wollkleider 6⁹⁰ gute Qualitäten 1375 975</p> <p>Damen-Strümpfe 95 Pf. Seidengriff und Nako, mit Doppelschle und Hochferse, schwarz und farbig</p> <p>Jumper-Untertailen 65 Pf. in verschiedenen Ausführungen 125 75</p> <p>Mädchen-Hemden mit Stickerei und 1¹⁰ Knaben-Hemden mit Matrosenanschnitt, aus guten Wäschestoffen, für 6-12 Jahre 1⁷⁵ durchweg Stück 1</p> <p>Mädchen-Beinkleider 1⁴⁵ knäuel, guter Wäschestoff, mit 100 für 1 bis 5 Stickerei, für 6 bis 12 Jahre Stück. 1⁹⁵ für 1 bis 5</p>
--	--	--

HERMANN TIETZ

Die Butterhex.

Von Rini Tremel-Eggert.

„Seber Sparer hat seinen Vertuer“, sagt man, und das ist keine Lüge.

Der alte „Thomm“ aber, wenn er das hörte, schüttelte seinen zottigen Schädel, lachte schälernd und trächte: „No sei, so sei bei die andern, aber net bei mir.“

Und dann machte er mit seinen dünnen langen Fingern eine fralliche Bewegung und schloß sie fest. Das sah aus, als halte er nun sein Haus, seinen Hof, seinen Wald, seine Felder und Wiesen, sein Vieh und all seine Sock' bis zum letzten Ei im Hühnerneß, zwischen diesen seinen Fingern und niemand könne es ihm entreißen.

Und wenn einer, der auch seine Erfahrungen hatte, sich zu widersprechen traute, dann bekam der alte Thomm zwei knallrote Backen, dahinein schoß nämlich sein zorniges Blut. Und einen Leberstich von Speichel bekam er auch, den hielt er beim Schimpfen dann schwer zwischen seinen brüchigen Zähnen zurück, er spritzte überall durch, und dann sagten die boshaften Menschen, nun versprige er sein Gift, denn sie kannten ihn natürlich alle und seine häuslichen Verhältnisse bis ins letzte. Doch halt, nein, nicht bis ins letzte, und deshalb erzählte ich ja auch dies Geschichtlein.

Der alte geizige Thomm hatte eine Frau, ein kreuzbraves, bescheidenes, kleines, rundes, gutmütiges Weiblein. Viel, viel zu gut für den alten Habicht, das sagte jeder Mensch. Der machte er das Leben so sauer, als er nur konnte und — er konnte es.

Die beiden wohnten in einem großen Hause allein, Kinder hatten sie nicht.

Er tortelte mit knochenmürben Beinen hinterm Pflug durch seine schweren Felder, und sie lochte dabei, sparsam, sehr sparsam, wie er's verlangte, und versorgte Stall und Haus.

Jeden Sonntag durfte sie beim Metzger des Städtchens ein halbes Pfund Fleisch holen, davon bekam sie das kleine, er das große Stück, wenn man bei einem halben Pfund überhaupt von Stück reden kann.

An den übrigen Wochentagen gab es „Milchbrüh mit Reis“, „Schwarz'n mit Bier“, „Stöckige Milch mit Kartoffel“, kurzum alles, was dem Alten wuchs und deshalb nichts kostete.

Und er wurde satt davon, sie sogar rund und dick, dabei ob sie nicht den zehnten Teil so viel wie er, nun, sie hatte ja auch keine so schwere Arbeit wie er.

Trinken tat sie mehr, aber nicht vielleicht Bier, nein — Kaffee, und nicht vielleicht den teuren unnützen Bohnenkaffee, sondern geunden, süßen „Kangestaffee“, was ein Sud aus gedörrten, gemahlten Runkelrüben ist.

Natürlich wuchs bei solch umsichtigem Haushalten des Alten Vermögen, und wenn er Sonntags seine Blechtafel mit dem „Bergschloß“ herholte und zu zählen und zu rechnen anfang, dann lezte seine absonderlich lange und rote Zunge den vielen Speichel zurück.

Dreißig Jahre ging so der beiden Leben hin ohne Erschütterung, da legte sich die Frau hin und stirbt.

Ganz so „mir nig, dir nig“, und brauchte keine zwei Tage dazu. Die ersten Tage, nachdem sie eingegraben war, lief der alte Thomm in seinem Haus mit den großen leeren Stuben, den hallenden Hausplätzen herum, als hätte ihn einer mit dem Holzschlegel auf den Kopf geschlagen. Er besann sich nicht, nahm etwas, das ihr gehört hatte, trug es von einer Stube in die andere, betrachtete es, legte es wieder hin und seufzte endlich in die Leere: „Vena.“ Und in dieser Einsamkeit wurde ihm auf einmal seine Vena so lebendig, wie sie ihm nie lebendig war, so lange sie neben ihm lebte. Jahr um Jahr wanderte er zurück, bis er beim ersten ankommen war, bis er erkannte, was er an ihr verlor, die so brav, so sparsam, so fleißig und — so vernünftig war. Und weil er so allein war, ging er zu den Nachbarn, um die er sich vordem nie gekümmert, und sammelte ihnen sein Leid vor. Die erzählten ihm, was er schon mußte, nämlich, wie brav, tüchtig und sparsam seine „Frau seliger“ war.

Und die Leute sagten unter sich, wenn er fort war:

„Seht, seht, ka Mensch hat gedacht, daß der alt Geizhiz sei Frau su gern hat. Man kann halt nirgends neingucken.“

Aber helfen taten sie dem Thomm nichts, sie hatten genug mit sich selbst zu tun, und so mußte er sich endlich, weil ihn der Hunger nach etwas Warmem plagte, selbst ans Kochen machen. Dabei lernte er erkennen, daß Kochen eine harte Arbeit, und schmitzte dabei ordentlich in seiner großen, verräucherten Küche mit dem weiten Schlotmantel.

Da klopf es an die Küchentür, und auf sein erstauntes Heroin kam eine häuerlich gekleidete Frau mit einem hochbepackten „Bodenkorb“ auf dem Rücken herein und sagte freundlich „Gut'n Morgen“. Er brummte etwas und sah schräg zu ihr hin, während er mit der großen Feuerzange in der Blut herumstierte. Er kannte sie, sie handelte mit Butter, Eiern und Viktualien, und die Leute nannten sie „Die Butterhex“. Aber was wollte, suchte sie bei ihm? Das fragte er sie, und da sagte sie: „Schöna Güetleria“) hob ich heut amoll wieder.“

„Was hast wieder,“ fragt der alte Thomm und richtet sich auf.

„No, Euer Fra seliger hat mer doch doll' jeda Wochn ans abkafft, weil Ihr sie su gern eht.“

„Daß des alten Thomms Augen, die ihm wie ein Paar Glasgugeln aus dem Gesicht quollen, nicht ganz herausfielen und am Rückenboden zerschellten, war ein Wunder,“ so erzählte die Butterhex von Haus zu Haus. Wie der Leibhaftig (unser Herrgott haltma fern) sah er aus, wie er die Zähne fletschte, die Augen rollte, „Gist“) spritzte und die schwere Ofengabel schwang. Mit gellenden Schreien tortelte er auf die Butterhex zu:

„Was sagst, du Kanali, mei Fra, mei Vena, wor so a Rusch-goch'n? Hot Güetleria g'fress'n obna mich — dot sie mit mein schön Geld bezoght. Ich herschlog dich und sie bezu — ihr Teufelsweibsbilder.“

Doch so weit ließ ihn die Butterhex nimmer kommen; sie war schon lang draußen und erzählte es nachher mit schneeweißem Gesicht den Leuten: „Weiß Gott, der hei mich derstiong, wenn ich niet g'sprung'a wör.“ Da lachte denn bald das ganze Städtlein und jeder gab der Vena recht. Jetzt war's gleich, sie war tot, ob sie sich etwas gegönnt oder nicht, mitnehmen konnte sie sich nichts.

Aber dieser harte Schlag war noch nicht der einzige für den trauernden Witwer, er fand nämlich auch noch eine Blechbüchse voll Bohnenkaffee. Den warf er vor Hut ins Feuer, was ihn hintennach recht reute, da es geschetter gewesen wäre, er hätte ihn getrunken.

Wie er aber am Sonntag drauf ihr Grab besuchte, da gab er ihr einen großen „Sprüher“) Weidwasser und sagte laut: „Ka Mitleid hob ich mehr mit dir, du Verschwendere, und recht is der's g'schäd, daß da a' storm bist.“

Militarisierte Wissenschaft.



Wer in den gewaltigen Epochen
Unsre armen Marmeladenknochen
Und zum allerhöchsten Sieg emporriß,
Kriegte gleich den Doktorhut honoris.
Jeder Feldherr wurde diplomiert,
Der in jedem Krüppel ein A. u. sah,
Jeder, der Granaten fabriziert
Und ein paar Prozentchen abgeföhrt,
Wurde Doktor honoraris causa!
Hundert Feldherren wurden Mediziner,
Hundert Letztartiller Philosophen,
Hundert durchgehaltne Schwereedleener
Konten sich das geistige Zeugnis losen. —
Doch auch heute, trotz der Republik,
Blüht die alte Doktorhutfabrik.
Wieder haben ein paar rote Biesen
Als des Doktors würdig sich erwiesen. —
Heitere Perspektiven tun sich auf,
Wissenschaftlich blasen die Trompeten;
Und es nehmen alle Fakultäten
Gleich ein Duzend Feldherren mit in Kauf.
Und die Geistmusik, die früher spärlich,
Paukt und schmettert wieder militärisch.
Tafel werden bald engros verschoben,
Unsere neuerstarbten Voll- und Ganzer
Fühlen sich nun wieder wohl im Panzer.
Deutsche Geistesjunktur! — Siehe oben!

Unbekannte Ungeheuer.

Immer wieder kommen aus dem Innern Afrikas Nachrichten, die von unbekanntem phantastischen Ungeheuern erzählen, die sich noch in den undurchdringlichen Urwäldern, in den riesigen Flüssen und Seen des „Schwarzen Erdteils“) befinden sollen. So sehr man geneigt ist, solche Berichte für „Bärgelatein“) zu halten, so darf man ihnen doch nicht jede Wahrscheinlichkeit absprechen. Als Sir Harry Johnston zuerst mitteilte, er habe in den Tiefen des Nuri-Waldes ein Tier gefunden, das halb Zebra und halb Giraffe sei, da wollte ihm niemand glauben; heute aber ist alles von dem Vorhandensein des Stapi überzeugt.

Einer der berühmtesten afrikanischen Großwildjäger, die es je gegeben, der englische Kapitän Selous, hat immer wieder die Ueberzeugung ausgesprochen, es gäbe in Afrika noch unbekanntes vorgeschichtliche Tiere, die zu erlegen oder zu fangen noch nie geglückt. Derselben Anschauung huldigt Fred C. Low, der sich auf einer Expedition im Kraftwagen vom Kap nach Kairo seit sieben Monaten im Innern des Landes befindet. Er erwähnt die immer wieder austauschenden Angaben, nach denen in dem riesigen Granitbassin, das die brausenden Bogen der Viktoria-Fälle in Rhodesien aufstängt, sich ein gigantisches Wasserfettier befinden soll. Man schildert das Tier als einen ungeheuren Kol oder eine Schlange, dessen Länge auf 30 Fuß, aber auch noch mehr, angegeben wird. Auch im Ngassa-See will man immer wieder Ungeheuer entdecken, die aus den Tiefen aufsteigen und dann spurlos wieder verschwinden. Von einem solchen Riesentier im Ngassa-See hat der Jäger und Forscher T. A. Barnes ausführlich berichtet; er will ihn schon an der Angel gehabt haben, konnte ihn aber nicht emporschieben. „Es müssen noch Tausende von Geschöpfen in den unerforschten Urwäldern des Zambesiflusses hausen“, schreibt Low selbst, „die in diesen engen Kanjons in der tropischen Hitze tief unten im Wasser leben und niemals an die Oberfläche kommen. Einige solcher Tiere sind bereits gefangen und gesammelt worden. Aber wieviele andere mögen noch da unten sein? In der üppigen Wildnis, die die Engen dieses Flusses umschließt, lassen unbekanntes Vögel tagaus, tagein ihren Ruf ertönen; die dichten Palmen rauchen von den Bewegungen unbekannter Tiere, und in den hohen Gräsern raschelt es von einem noch unbekanntem Leben. Ich kann niemals über diesen grünen Gürtel hin-, in diese brausenden, wirbelnden Wasser blicken, ohne die Ueberzeugung zu gewinnen, daß Afrika noch viele unbekanntes Ungeheuer birgt.“

Das Fazit des Krieges.

Aus alten Blättern.

Vor mir liegt der pergähte und zerlesene Band der „Chronologie“) von Wetherlin, einer Weltgeschichte aus dem Jahre 1779. Lesser Wetherlin weht aus den gelben Blättern mit den gewichtig-großen aster-tümlichen Lettern, Gedanken und Ergebnisse einer längst zu Staub gewordenen Generation steigen auf und nehmen noch einmal Form und Leben an. Und siehe da, zwischen den verblühten Schilderungen und Reminiszzenzen auf einmal ein Artikel, eine kleine ernst-hafte Satire, die ebenlogut auch noch für uns und unsere Zeit geschrieben sein könnte. Der Aufsatz beschäftigt sich mit dem allgemeinen Küstungsfieber Europas in der damaligen, von allerlei Kriegsunruhen gährenden Zeit. Lassen wir seinen Schreiber reden:

„... Alle europäischen Seemächte versammeln, jede für sich, ihre Kräfte, um Schiffe zu bewaffnen. Man sieht in Russland, in Schweden, in Dänemark und vornehmlich in Holland Flotten auf-treten, die entweder gefürchtet oder überwunden sein wollen. Unter-dessen, je fähiger diese Zurüstungen sind, umso mehr beunruhigen sie die wahren Menschent Freunde. Mit Thränen rufen diese nach dem Frieden, welchen sie gleichwol durch dergleichen furchtbare Anstalten sich immer mehr entfernen sehen.“

Man hat bei dieser Gelegenheit vor einigen Monaten ein Calcul der Kosten für die interessierten Nationen entworfen. Hiebei hat der Verfasser den Rat gegeben, so oft dieser oder jener Staat Anfälle von jener hitzigen Krankheit empfände, die das Kriegsfieber ist, so möchte er ganz Europa entdecken, was er zu seiner Heilung für eine Summe nötig habe. Ohne Zweifel würden sich dann nicht nur die eigenen Unterthanen, sondern auch die übrigen Staaten be-essern, das Verlangen sogleich zusammen zu schießen, indem sie empfinden würden, daß sie so durch Vermeidung des Krieges mehr ge-winnen, als diese Summe wert sei.

Ein geringes Beispiel wird zum Beweis dienen:
Betrachtet Preußens und Oesterreichs Mächte, welche vor kurzem mit glücklichem Einverständnis das Schwerdt aus der Hand ge-letzt haben.“) Was ist nun die Frucht ihres Kriegszuges? Einige errungene Dörfer auf der einen Seite, die Befestigung eines Rechts auf der andern Seite. Diese Punkte kosten den Volk, das die Un-kosten dazu herziehen mußte, auf Verweise für jede Partien (5 bis 70 Millionen Gulden gerechnet, 134 Millionen Gulden (wobei zu bemerken ist, daß diese Zahlen nicht die ganz genaue Wirklichkeit wiedergeben, sondern in der Hauptsache den Geist der Materie ver-ananschaulichen sollen.) Des Ferneren was jeder Offizier und Gemeiner von dem Seinigen dazu getan: die Schulden, die Verfallte der Familien, so der Krieg verursacht, item zu gleicher Summe ange-schlagen als die Verschwendung der kriegführenden Fürsten selbst, 134 Millionen Gulden.

Wenn auf jeder Seite auch nur 100 000 Pferde drauf glengen, eins ums andere die 130 Gulden gerechnet, nochmalen 12 Mil-lionen Gulden.

Man könnte allerdings nun noch die vielen Menschen in An-schlag bringen, so in der Bataille ihr Leben oder ihre Glieder ge-lassen oder in den Lagern an Fieber geblieben sind, desgleichen, welche auf dem Lande und in den Städten das Elend und die Ver-zweiflung aufgetrieben, nachdem sie ihre Saaten geplündert, ihre Hütten und Ställe angezündet, ihr Vieh weggetrieben sahen.

Wein da im Tactile der Politik ein Mensch nicht mehr als den zehnten Teil eines Pferdes gilt und da zudem niemolen eine Feuerung an jener Tiergattung verpüret wird, die man Fäse-lik's nennet: so wird dieser Kosten in Rest gestellt.

Es hat also Preußen und Oesterreich binnen einem Jahre nicht weniger gekostet für das Spiel, womit sich zwei Bringen unter-halten haben, als 200 Millionen Gulden. Das ist un-gläublich mehr, als Irgebedeiner der dabei befangenen Staaten am inner-lichen Wert enthält. Dergestalt hätten sich die Kosten vermehrt, wenn die Partien etwa auf fünf bis sechs Jahre fortgedauert hätte.

Nun, wann im vorigen Jahre um die Zeit, als die Kriegsgesche in den Kabinetten ausbrach, sich jede der Mächte niederzettelte hätte, um sich selbst zu berechnen, was sie die Kanonen, die Pferde, die Gezeile, die Gepäcke, die Generale, die Feldmarschälle, die Husaren und Füsiliers etc. kosten würden, und wenn sie alsdann das Fazit auf den Kopf ohne Ansehen der Person repariert hätte, so wären ungefahr auf jede Person im Lande etwa 6 Gulden fünfzig Kreuzer gekommen.

Diese Tage mag manchem wol hoch erscheinen wollen. Aber es kommt mir vor, daß keine Vergleichung groß genug ist zwischen einer Auslage von 6 Gulden fünfzig Kreuzer, die man ein für allemal für seine Ruhe und für seine heilen Glieder bezoght, und des Ver-drusses, in den Lagern von dem Ungeheuer angegriffen zu werden, bei jedem Flintenschuß in Gefahr zu sein ein Glied zu verlieren, den Kopf von einer Kanonentugel zerschmettert, den Bauch von einem Bononett aufgeschlitzt zu sehen, von Bomben, Granaten, Minen zerrissen zu werden, und für alles keinen anderen Trost zu haben, als dem Vaterlande Krüppel zu verschaffen, die ohne Verdiensthaft, ohne Hoff, ohne eigenen Ruhm, selbst ohne ihren Feind zu kennen, in den Krieg glengen, bios weil es das so berühmte Völkerecht, oder auch die Kapriz (Laune) ihres Oberhaupts.

Nun ist aber noch eine Frage. Was würde dann wol aus jenem Geld werden, welches solchermachen von den Unterthanen zu-sammengetragen wird? Mittels des Krieges weiß man doch, wo das Geld hinkommt. Was aber soll nun damit geschehen? Sollte es in der Schatzkammer der Monarchen verschimmeln?)

Und da der Regent ohne das hitzige Kriegsfieber nichts zu tun wüßte, so würde er schließlich, um die Vangewisse zu verzogen, sich mit der innerlichen Verböserung des Landes beschäftigen?)

Ach, wech ein Unglück wäre dich! Kanonen, feurt!“

So geschrieben im Jahre 1779 von einem, der den Mut zu „gar seltsamen und lähnen Gedankengängen“) hatte, wie seine er-staunten Zeitgenossen in der gleichen Zeitschrift sagten. Ist es aber nicht beschämend für uns so unglückselig „fortgeschrittene“) Menschen des 20. Jahrhunderts, daß die Worte jenes ersten Spätters uns doch immer mitten ins Herz treffen?

Ein R. W.

Der saule Toffol. Die Pädagogen würden entsezt sein, wenn einmal eine sorgfältige Statistik über die Schulleistungen großer Männer aufgestellt werden würde. Die Tatsache, daß schlechte Leistungen in der Schule nicht unbedingt als Zeichen beginnender Verkommenheit gebeutet werden können, ist ja, vom pädagogischen Gesichtspunkt betrachtet, schon bedenklich genug. Wenn es aber geradezu als Regel erwiesen wird, daß große Männer schlechte Schüler gewesen sind, so wären die Folgen dieser Erkenntnis für die Bemertung des Spruches: „Wir lernen nicht für die Schule, sondern für das Leben“) geradezu katastrophal. Deutschlands größter leben-der Dichter, Gerhart Hauptmann, dem bekanntlich seine Schul-zeugnisse auch nur mit niedergebügelen Augen vorwießen. Be-sonders schlimm ist es aber um Russlands großen Leo Tolstoj bestellt. Seinen Fleiß bezeichnet kein Kaiserer Universitätszeugnis gleichwohl als ungenügend, seine Leistungen in Geschichte scheinen unter jeder Kritik gewelen zu sein, es heißt bei ihnen: „schlechte meißens und war äußerst saul.“ Selbst in „russischer Sprache“) hatte er mangel-haft. Er zeigte indessen später, daß er sich trotzdem einigemmaßen darin ausdrücken konnte!

*) Gemeint ist wahrscheinlich der Bayerische Erbfolgekrieg von 1778/79. Er wurde am 13. Mai 1779 durch den Frieden von Teschen mit den Zugeständnis des Erbfolgerechts Preußens in Ansbach und Bayreuth beendet.

*) Hühnchen.

